Deutsche Allgemeine Zeitung

Norddeutsche Allgemeine Zeitung

Das Blatt erscheint täglich zweimal, Sonntags als Morgenausgabe. Der Bezugspreis ist vierteljährlich Mark 12.—, für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Bestellungen werden bei allen Postanstalten angenommen.

Berlin SW 48, Wilhelmstraße 32
Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 73 III
Fernsprecher:
Schriftleitung: Zentrum 614, 964, 965, 1580, 1582, 1583. Für Nachtgespräche 1580.
Geschäftsstelle: Hansa 1002, 3348, 3394.

Preis für die Einzelnummer Mk. 1.20 zuzügl. 20% Teuerungszuschlag; für die Reklamezeile Mk. 5.— zuzügl. 20% Teuerungszuschlag. Stellengesuche 60 Pfg. für die Zeile zuzügl. 20% Teuerungszuschlag.

Nummer 397. Montag, 18. August 1919. Abend-Ausgabe. 58. Jahrgang.

Ausdehnung der türkischen Anleihnung.

Eigene Drahtmeldung.

A. Zürich, 18. August.

Die Lage in Kleinasien wird von dem Saloniker Berichterstatter der „Perseveranza" als für den Verband keineswegs unbedeutlich geschildert. Die schnell um sich greifende Unabhängigkeitsbewegung Kemal Paschas wird danach bald auch Anatolien umfassen und vielleicht auf Konstantinopel übergreifen, sofern die Verbündeten nicht geeignete Maßnahmen dagegen ergreifen. Der Berichterstatter meint, der Ausstand in Kleinasien sei die natürliche Folge der Konferenzirrtümer gewesen. Daß man gerade die verhaßten Griechen ermächtigt habe, den wichtigsten Mittelpunkt des türkischen Reiches zu besetzen, habe in allen Klassen der türkischen Bevölkerung große Erregung hervorgerufen und sei ein Hauptgrund dafür geworden, daß Kemal Pascha seine 300 000 Mann hätte zusammenbringen können. Die Konferenz wäre damit vor eine schwere Frage gestellt. Die Franzosen seien kaum in der Lage, sich auf das Abenteuer eines militärischen Eingreifens einzulassen, und Italien habe alle Ursache, äußerste Zurückhaltung zu beobachten, um seine kleinasiatischen Interessen nicht zu gefährden.

Genf, 18. August. In der „Deux" ruft der Abgeordnete Aubriot wegen Englands persischer Politik die Einmischung der Vereinigten Staaten an, deren Interessen in Kleinasien ebenso bedroht seien, wie die Frankreichs.

Die Gefährdung der ungarischen Deutschen.

Meldung des Ungar. Tel.-Korr.-Bureaus.

Budapest, 17. August.

Der Minister des Aeußern, Lovaszy, hat eine Note an die deutsch-österreichische Regierung gerichtet, in der es heißt:

Mit Bedauern und mit Besorgnis hat die ungarische Regierung von dem Schritte der deutsch-österreichischen Regierung Kenntnis erhalten, wonach diese den Präsidenten der Friedenskonferenz um die Ermächtigung hat, die Ordnung und Ruhe in den westungarischen Komitaten durch Gendarmerie, Volkswehr und Sicherungstruppen sichern zu dürfen. Als Begründung führt die deutsch-österreichische Regierung in ihrer Note an, daß die dort versammelten ungarischen Truppen, deren „Chauvinismus und Gewalttätigkeit" bekannt seien, die deutsche Bevölkerung der westungarischen Komitate dem „Schrecken und Verderben" aussetzen würden. Die ungarische Regierung sieht sich gezwungen, gegen diese Voraussetzung auf das entschiedenste zu protestieren. Sie sieht in dem Schritte der deutsch-österreichischen Regierung eine ernste Gefährdung der seitens der neuen ungarischen Regierung und der gesamten Bevölkerung Ungarns angestrebten freundnachbarlichen Beziehungen zu Deutsch-Oesterreich. Die tendenziöse Behauptung, die ungarischen Truppen würden die deutsche Bevölkerung mißhandeln, muß daher nicht nur aus diesen Gründen auf das entschiedenste verneint werden, sondern auch infolge des Umstandes, daß es sich im gegenwärtigen Falle meist um Offiziersformationen handelt, deren unzweifelhaft tadellose Disziplin und hoher moralischer Wert die Möglichkeit jedes Uebergriffes ausschließen.

Was nun die Zugehörigkeit der von deutschsprechender Bevölkerung bewohnten Gebiete Westungarns betrifft, so würde sich die ungarische Regierung einzig und allein der einem unabänderlichen Beschluß der Versailler Friedenskonferenz beugen müssen, während jede einer derartigen Entschließung vorgreifende gewaltsame Besetzung dieser Gebiete unserseits einen bewaffneten Widerstand zur Folge haben müßte.

Auch steht der eingangs erwähnte Schritt der deutsch-österreichischen Regierung mit ihrer bisherigen Haltung in dieser Frage in auffallendem Widerspruch, da sie bisher den Standpunkt vertreten hat, daß die Entscheidung über das Schicksal dieser Gebiete von einer unbeeinflußten Volksabstimmung abhängig zu machen sei. Die ungarische Regierung muß schließlich auf den peinlichsten Eindruck hinweisen, den das Bekanntwerden des Schrittes der deutsch-österreichischen Regierung auf die gesamte Bevölkerung Ungarns ohne Unterschied der Sprache und politische Gesinnung macht, daß, während die Bevölkerung der westungarischen Komitate vom blutigsten Terror des Bolschewismus heimgesucht war und Hunderte unter entsetzlichsten Grausamkeiten dem roten Henker zum Opfer fielen, die deutsch-österreichische Regierung sich fortgesetzt jeder Intervention entsalten hat und im gegenwärtigen Augenblick, wo das Land der Regenerierung entgegengeht, sie vor imaginären Gefahren schützen zu müssen glaubt.

Einigkeit zwischen Verbandsgenerälen und Rumänen.

S. Haag, 18. August. (Eigene Drahtmeldung.) Am Sonntag ist von der verbündeten Generalkommission in Budapest ein telegraphischer Bericht in Paris eingelaufen, welcher sich beziehungsweise über die Harmonie zwischen den Generälen und den militärischen Autoritäten Rumäniens ausspricht.

Die beiden bisher unbesetzt gebliebenen Ministerien des Handels und der Ernährung wurden heute besetzt. Zum Handelsminister wurde Franz Heinrich, Vizepräsident der Budapester Handelskammer und Generaldirektor der Oesterreichisch-ungarischen Bank, zum Ernährungsminister der Ingenieur Zsigmond Dicky, Direktor der Wiederversicherungsanstalt ernannt.

Die angebliche Spionageaffäre in Madrid.

Zu der Berliner Blättermeldung aus der Ententepresse von der angeblichen Aufdeckung einer Spionageaffäre in Madrid, in welche auch Mitglieder der deutschen Botschaft verwickelt sein sollen, erfahren wir, daß positive Berichte hierüber aus Madrid noch nicht vorliegen. Da die Nachricht von dem Blatte „El Sol" ausgeht, das vor zwei Jahren mit Ententegeld gegründet wurde, handelt es sich höchstwahrscheinlich um eine Reihe Erfindungen, die dazu dienen sollen, die guten Beziehungen Deutschlands und Spaniens zu trüben.

Polnische Arbeiter beim Wiederaufbau.

Größere Zuwanderung nach Frankreich.

Drahtmeldung

Versailles, 17. August.

Der Sonderberichterstatter des „Temps" in Warschau meldet: Eine anscheinend amtliche, durch die Warschauer Blätter veröffentlichte Note läßt erkennen, daß die Besprechungen zwischen der französischen Regierung und der polnischen Delegation über die Frage der Heranziehung polnischer Arbeiter für die Wiederaufbauarbeiten in den zerstörten Gebieten in Frankreich zu einer vollständigen Einigung geführt haben, und daß die Zuwanderung polnischer Arbeiter von größerer Ausdehnung sein wird, als man ursprünglich glaubte.

Die Kommission für Rückerstattung.

Zu dem unter dem 15. d. M. gebrachten Pressebericht, daß Oberbürgermeister Wilms den Vorsitz in der Wako übernommen habe, ist berichtigend zu bemerken, daß die Kommission für Rückerstattung von Maschinen und Material an Belgien und Nordfrankreich (Vorsitz Kommerzienrat Dr. Guggenheimer) bereits seit Uebertragung der allgemeinen Vertretung des Reichsfinanzministers an Ministerialrat v. Stockhammern eine selbständige Stellung einnahm und auch jetzt nicht unter den Vorsitz des Herrn Oberbürgermeisters Wilms gestellt wird, sondern unmittelbar unter dem Auswärtigen Amt als selbständige Kommission weiterarbeitet.

Aufschub des belgischen Generalstreiks.

S. Haag, 18. August. (Eigene Drahtmeldung.) Der allgemeine Streik der Eisenbahn-, Post- und Telegraphenbeamten in Belgien, der heute ausbrechen sollte, ist nicht verkündet worden, da das Komitee heute noch Besprechungen mit dem Ministerpräsidenten hat. Werden die Forderungen nicht genehmigt, so soll Mittwoch mittag der allgemeine Generalstreik proklamiert werden.

Die Vereidigung des Reichspräsidenten.

Die Nationalversammlung hat die feierliche Vereidigung des Reichspräsidenten auf die Verfassung für Mittwoch, den 20. August, elf Uhr vormittags in der Nationalversammlung angesetzt.

Neutrales Befremden über Festhaltung der Gefangenen.

Haag, 17. August. „Het Vaderland" fragt, warum man die deutschen Gefangenen noch immer fern von der Heimat in fremden Diensten nach ihrer Befreiung schmachten ließe. Deutschland habe doch alles getan, was man billigerweise von ihm hätte erwarten können, da es in die harten Friedensbedingungen eingewilligt, den Frieden so schnell wie möglich genehmigt und einen guten Willen bei der Durchführung der Bedingungen bewiesen habe.

Die amerikanischen Pläne gegen Mexiko.

Drahtmeldung.

Wien, 18. August.

Nach einem Funkspruch des Wiener Tel.-Corr.-Bureaus aus Rom wird aus Paris gemeldet: Die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Mexiko sind gespannter denn je. Die führenden amerikanischen Zeitungen sehen einen Konflikt voraus und erklären, daß Großbritannien seine Einwilligung zur Annexion durch die Vereinigten Staaten gegeben hätte.

S. Haag, den 15. August. (Eigene Drahtmeldung.) Nach amerikanischen Nachrichten hat Carranza den britischen Bevollmächtigten aus Mexiko ausgewiesen und zwar, wie die amerikanischen Blätter hinzufügen, aus Aerger darüber, daß er von England nicht anerkannt wurde. Wie „New York Sun" mitteilt, dürfte diese neue Beleidigung Großbritanniens für Wilson einen Grund geben, in Mexiko einzugreifen.

Ministerkrise in Bulgarien.

S. Haag, 18. August (Eigene Drahtmeldung.) In Bulgarien ist eine Ministerkrise entstanden. Daidowitch hat den Auftrag erhalten, ein neues Kabinett zu bilden, und zwar aus der Mehrheit zusammen mit den Radikalen und Sozialisten. Die Sozialisten sollen im neuen Kabinett drei Sitze erhalten.

Huldigungen für Mannerheim.

St. Helsingfors, 17. August. (Eigene Drahtmeldung.) Mannerheim kehrte vom Sommeraufenthalt gestern hierher zurück. Unterwegs und bei seiner Ankunft in Helsingfors wurden ihm gewaltige Huldigungen seitens der bürgerlichen Bevölkerung dargebracht. In Helsingfors fand eine große Parade des Schutzkorps unter Teilnahme aktiver Truppen statt. Bei seinem Eintreffen wurde Mannerheim auch von vielen Abordnungen und von dem Ministerpräsidenten Pennola begrüßt.

Das neue Wahlsystem für den italienischen Senat.

Lugano, 18. August. In dem mit der Prüfung der italienischen Senatsreform betrauten Ausschuß befürwortete die Mehrheit eine grünliche Reform des Wahlsystems für den Senat. Der öffentlichen Sitzung soll ein Gesetzvorschlag unterbreitet werden, wonach 60 Senatoren auf Lebenszeit vom König ernannt, 60 vom Senat selbst, 60 von der Kammer und 180 vom Volke gewählt werden sollen. Die vom Volke gewählten sollen 12 Jahre im Amte bleiben. Alle 8 Jahre würde die Hälfte neu erwählt. Als Mindestalter der Senatoren gelentt man 35 Jahre festzusetzen.

Spanien im Völkerbund.

Madrid, 17. August. (Havas.) Der König unterzeichnete das Gesetz über den Eintritt Spaniens in den Völkerbund und die Annahme der Bestimmungen des Versailler Vertrages über die Organisation der Arbeit.

Die Zukunft Danzigs.

Von unserem Sonderberichterstatter.

Eigene Drahtmeldung.

Danzig, 18. August.

Die Note, welche die Reichsregierung an den Verband gerichtet hat, und in der die Klärung der Danziger Frage gewünscht wird, entspricht einem Verlangen des Danziger Magistrats, der sich an die Reichsregierung gewandt hat, um unmittelbare Verhandlungen zwischen dem Verband und den Danziger Behörden zu ermöglichen. Die Bestimmungen des Friedensvertrages sprechen von einer Konstituierung der Freistadt Danzig, enthalten aber keinerlei Andeutungen über den Termin, wann das geschehen soll. Diese Lücke hat den Danzigern schweren Schaden zugefügt und macht sich bei allen Unternehmungen, die von Danzig ausgehen, bemerkbar. Im Deutschen Reiche glaubt man, daß Danzig schon jetzt zum Auslande gehört. Man fragt nach den Zollvorschriften, und angesichts der bevorstehenden Geschäfte in Danzig gelangen zahlreiche Anfragen hierher, ob Einzelerlaubnis notwendig sei oder bestimmte Paßvorschriften beständen. Bei Geschäftsabschlüssen geht es den Danzigern in den letzten Wochen besonders schlecht, denn die verschiedensten Firmen betrachten Danzig gleichfalls schon als Ausland, anzuklären ihre Anstriche, machen besondere Zahlungsschwierigkeiten, kündigen die Kredite und lehnen neue Kredite ab. Diese Zustände verschlimmern sich von Tag zu Tag, je länger die Ungewißheit über den Termin der Schlußstande Danzigs besteht. Danzig macht darum alle Anstrengungen, in dieser Richtung Klarheit herbeizuführen, und als vor einigen Wochen der erste offizielle Vertreter des Verbandes, der englische Major Percival von der Ententekommission, in Danzig weilte, um die Wünsche der Danziger kennen zu lernen, ist ihm die Beseitigung dieser Ungewißheit als dringendster Wunsch mit auf den Weg gegeben worden.

Die Paragraphen des Friedensvertrages enthalten, soweit sie Danzig betreffen, auch noch andere Unklarheiten, vor allem ist es die Frage, inwieweit Danzig in den Besitz des deutschen und preußischen Staatseigentums kommt. Dieses Eigentum geht laut Friedensvertrag fast restlos in den Besitz des Verbandes über, der es nach freiem Ermessen entweder an die Polen oder an Danzig abtreten kann. Bei der bekannten Unersättlichkeit der Polen machen diese schon seit Wochen alle Anstrengungen, ihre darauf zielenden Wünsche bei der Entente anzubringen. Polen kann viel gebrauchen und möchte alles Staatseigentum haben, was sich zurzeit in den Mauern Danzigs befindet. Post, Telegraph und Eisenbahn glaubt Polen schon sicher in der Gewalt zu haben, die Reichswerft kann naturgemäß nur den Polen gehören, die technische Hochschule soll polnisch werden, und neuerdings will man auf polnischer Seite auch den Hafen erhalten, daß das Danziger Staatsvermögen dem Staate gehört. Wenn dies der Fall ist, dann muß der Verband natürlich auch das Danziger Stadtheater den Polen zusprechen. Die Danziger sind nicht willens, dieser polnischen Habgier mit verschränkten Armen zuzusehen. Sie legen die Friedensbedingungen zu ihren Gunsten aus und hoffen, daß die Entente das Finanzwesen, das jetzt durch sie entstehen soll, auch lebensfähig macht, und dazu gehört, daß ein erheblicher Teil des staatlichen Eigentums in den Besitz des Freistaates Danzig übergeht.

Der neue Freistaat Danzig wird mit ungeheuren Finanzaufgaben ins Leben treten. Er muß in der Lage sein, durch Industrie und Handel Werte zu schaffen, welche die finanziellen Lasten tragen helfen. Dazu kommt, daß auch die 30 000 Arbeiter, die in den staatlichen Betrieben beschäftigt werden, beunruhigt über ihre Zukunft, immer größere Schwierigkeiten machen. Die Reichsregierung hat schon hinaus aus diesem Grunde eine Note an den Verband gerichtet und gebeten, eine baldige Entscheidung über die Zukunft der Staatsbetriebe in Danzig herbeizuführen. Eine Antwort ist leider noch nicht eingegangen. Ebenso wie mit den staatlichen Einrichtungen, verhält es sich mit den Gebäuden, in denen bis heute die Provinzialbehörden untergebracht sind. Bekanntlich ist Thorn als Hauptstadt der Provinzbehörde Pommerellen in Aussicht genommen. Trotzdem geht das Bestreben der Polen dahin, die Entente zu beeinflussen, daß sie die Danziger Staatsgebäude vorläufig den Polen zur Verfügung stellen soll, da in Thorn und in anderen Orten nicht genügend Raum für die polnischen Behörden vorhanden sei und deshalb Polen eine Reihe seiner Behörden in Danzig unterbringen müsse. Aus diesem Bestreben geht deutlich hervor, daß es den Polen sehr darum zu tun ist, in Danzig festen Fuß zu fassen. Sitzen erst einmal ihre Behörden in Danzig, dann wird es außerordentlich schwer halten, sie wieder herauszubekommen. Aus diesem Grunde herrscht auch in deutschen Beamtenkreisen eine große Beunruhigung, die sich schmend auf das öffentliche Leben legt.

Die Verfassungsfragen beschäftigen die Danziger Bevölkerung schon seit längerer Zeit. Oberbürgermeister Sahm hat nach dem Waffenstillstand im Januar einen Verfassungsausschuß eingesetzt, der in seinen Sitzungen bisher die wichtigsten Tagesfragen behandelt hat, aber zu dem eigentlichen Verfassungswerk noch nicht gekommen ist. Jetzt sind die Sitzungen auf einige Zeit unterbrochen, um den Kommissionen Gelegenheit zur Arbeit zu geben. In der Zwischenzeit will Oberbürgermeister Sahm einen Verfassungsentwurf ausarbeiten, der auf breitester demokratischer Grundlage aufgebaut sein soll. Die einzelnen politischen Parteien beschäftigen sich gleichfalls mit den Verfassungsfragen und haben ihrerseits einen Entwurf ausgearbeitet und den Oberbürgermeister als Material überwiesen. Die politische Fraktion folgt jetzt dem deutschen Beispiel, sie will ihren Entwurf aber nicht dem Danziger Oberbürgermeister, sondern dem kommenden Oberkommissar des Verbandes übergeben, da der Oberbürgermeister nicht im Besitze ihres Vertrauens ist. Der Umstand, daß nicht die Danziger Bürger selbst, sondern der Oberkommissar über die künftige Danziger Verfassung entscheiden wird, läßt die Gefahr auftauchen, daß zurzeit in Danzig unfruchtbare Arbeit geleistet wird, da man nicht wissen kann, ob der Oberkommissar nicht eine fertige Verfassung für den Freistaat mitbringt.

Natürlich wird die Verfassung auch das künftige Verhältnis Danzigs zu Polen regeln. In dieser Beziehung ist man noch völlig im unklaren. Die Danziger sind ehrlich gewillt, mit den Polen im guten Einvernehmen zu leben; sie bauen auf die vielgepriesene Toleranz der Polen und hoffen, daß nach Konstituierung des freien Staates ein ungehinderter Verkehr zwischen Danzig und Polen einerseits und zwischen Danzig und dem Deutschen Reich andererseits bestehen wird. Der Freistaat Danzig muß Eidbogenfreiheit haben, er verlangt für

Deutschnationale Obstruktion.

Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters.

K. Weimar, 18. August.

Es ist begreiflich, wenn die Arbeitslust der Nationalversammlung allmählich auf ein sehr tiefes Niveau gesunken ist. Die Arbeitskraft des Hauses sowohl wie der einzelnen Mitglieder ist über Gebühr angestrengt. Nicht nur, daß man gegen alle parlamentarischen Gepflogenheiten die Tagungsdauer über den ganzen Sommer ausdehnt: die Geschäftslage des Hauses macht es auch nötig, die tägliche Arbeitszeit über das hinaus anzuspannen, was man heute als normale zeit über das hinaus anzuspannen, was man heute als normale Arbeitszeit betrachtet. Vormittag und Nachmittag sind jetzt fast mit Sitzungen des Plenums oder der Ausschüsse, und die Fraktionen müssen zu ihren Sonderberatungen schon die frühen Morgenstunden oder noch die späten Abendstunden in Anspruch nehmen. Das Haus hat sich allerdings diesem Uebermaß der Arbeit willig unterzogen. Es hat es getan in dem Bewußtsein, daß das, was vom Hause erledigt werden muß, eine unbedingte Notwendigkeit darstellt, da die zu beratenden Vorlagen einen Aufschub nicht dulden und eine große Gefahr für den Bestand und die Zukunft des Volkes mit sich bringen würden. Trotzdem ist der Besuch des Hauses immer geringer geworden. Wichtige Vorlagen wurden vor fast unbesetztem Hause — oft waren nur 40—50 Mitglieder anwesend — verhandelt. Daß dabei die Gefahr bestand, durch eine bewußte Opposition den Gang der Verhandlungen zu stören, ist klar. Die Opposition braucht nur die Beschlußfähigkeit des Hauses anzuzweifeln, um jede positive Weiterarbeit zu erschweren, wenn nicht gar zu hindern. Bisher hatte weder die Opposition der Rechten, noch die der Linken von diesem Kampfmittel Gebrauch gemacht. In den letzten Tagen jedoch mehrten sich die Anzeichen, daß man auf der Rechten mit der Absicht umging, derartige Schwierigkeiten in Szene zu setzen.

Der heutige Vormittag gab dazu die Gelegenheit. Auf der Tagesordnung stand als erster Punkt der Gesetzentwurf über die Bewilligung eines neuen Kredits von 9 Milliarden. Der Entwurf war dem Hause erst am Sonnabend in später Abendstunde zugegangen, sodaß die Fraktionen keine Gelegenheit mehr gefunden hatten, sich mit ihm zu befassen. Die Deutschnationalen nahmen das als Anlaß, eine Ablehnung des Entwurfs von der Tagesordnung zu beantragen. Die Begründung dieses Antrages durch den Abgeordneten Hugenberg erfolgte allerdings in einer Form, die zu durchschlug war, als daß man annehmen könnte, der Antrag wäre nur von sachlichen Gründen diktiert gewesen. In der schärfsten Form kritisierte Hugenberg die Tätigkeit des Hauses, die er mit fabrikmäßiger Ware bezeichnete. Reichsfinanzminister Erzberger trat dem Antrag scharf entgegen. Er erklärte, der Entwurf müsse unbedingt erledigt werden, falls nicht ein Staatsbankerott drohen sollte, und die Erledigung sei bei der Geschäftslage des Hauses nur möglich, wenn man noch heute den Entwurf an den Ausschuß überweise, sodaß dieser noch heute mit ihm befassen könne. Im Ausschuß stellte Minister Erzberger eine eingehende Besprechung und Begründung in Aussicht. Die Mehrheitsparteien und ebenso die Demokraten stellten sich auf den Standpunkt Erzbergers, während die deutsche Volkspartei und die Unabhängigen dem Antrag der Deutschnationalen zustimmten. Damit war dessen Schicksal besiegelt, obwohl Präsident Fehrenbach selbst riet, den Antrag stattzugeben. Fehrenbach sah voraus, daß die Deutschnationalen bei einer Ablehnung die Beschlußfähigkeit des Hauses anzweifeln und damit Erfolg haben würden. Die Absicht lag auch bei den Deutschnationalen vor. Nur einem Zufall war es zu danken, wenn sie ohne Erfolg blieb. Kurz vor der Abstimmung begab sich der deutschnationale Führer zum Präsidenten Fehrenbach und hatte mit diesem eine Rücksprache; während dessen hatte sich Abgeordneter Hugenberg zur Geschäftsordnung zum Wort gemeldet, um die Beschlußfähigkeit anzuzweifeln. Offenbar wollte Hugenberg jedoch das Ergebnis der Rücksprache Graefes mit dem Präsidenten abwarten. Während Graefe auf seinen Platz zurückging und hier mit Hugenberg sich verständigte, schloß jedoch der Präsident die Aussprache und ließ mit der Abstimmung beginnen. Als nunmehr Hugenberg sich zum Worte meldete, war der Zeitpunkt verpaßt. Die Abstimmung war bereits eingeleitet, sodaß eine Anzweiflung der Beschlußfähigkeit des Hauses nach der Geschäftsordnung der Nationalversammlung keinen Einfluß mehr auf sie haben konnte. Der Antrag der Deutschnationalen wurde gegen die Stimmen der Partei selbst, sowie der Deutschen Volkspartei und der Unabhängigen abgelehnt, Damit war die Möglichkeit der Beratung des Kreditentwurfes gegeben, die sich dann auch ohne weitere Schwierigkeiten erledigte.

Es ist also nur einem Zufall zu danken, wenn diesmal die Obstruktion der Rechten ergebnislos blieb. Trotzdem wird man wohl darauf rechnen müssen, daß die Rechte in den nächsten Tagen bei Entwürfen, die ihnen nicht genehm sind, das gleiche Mittel und dann vielleicht mit Erfolg anwenden wird. Es würde auf diese Weise ins Belieben der deutschnationalen Opposition gestellt sein, eine weitere Arbeit des Hauses zu hindern, denn ein beschlußfähiges Haus zusammenzuhalten, wird den Regierungsparteien heute nicht mehr möglich sein. Ihre Reihen weisen so große Lücken auf, daß sie eine Bürgschaft für eine Beschlußfähigkeit des Hauses nicht mehr schaffen können. Dieser Umstand gibt der Opposition eine scharfe Waffe in die Hand, die sie, wie es scheint, nunmehr auszunutzen gewillt ist.

seinen Handel den weitesten Wirkungskreis, denn nur der Handel ist in der Lage, das Rückgrat des Freistaates zu werden, um zunächst einmal die Gelder herauszuschaffen, die dazu benötigt werden, die großen finanziellen Aufgaben Danzigs zu erfüllen. Wenn sich schon seit Wochen neues Leben in handelspolitischer Beziehung in Danzig regt, wenn der Charakter des Danziger Handels international zu werden beginnt, so muß man in dieser Beziehung noch noch Pessimist sein, denn man weiß nicht, ob sich alle Erwartungen erfüllen werden, welche die neuen Gründungen und neuen Niederlassungen voraussetzen. Auf polnischer Seite fehlt es schon heute nicht an Bestrebungen, die Danziger Bäume nicht in den Himmel wachsen zu lassen; man will mit aller Kraft den Danziger Handel ausschalten und Danzig nur als Durchgangsort benutzen. Die Polen wollen dazu beitragen, daß der Freistaat Danzig nicht lebensfähig wird, damit sich ihre Verheißung erfüllt, daß Danzig noch einmal die Polen auf den Knien bitten werde, Polen einverleibt zu werden, also nicht leben und nicht sterben kann. Die Entente hat die Pflicht, diesen polnischen Bestrebungen energisch entgegenzutreten, und die Danziger haben auch den Glauben, daß es geschehen wird. Denn die Danziger sollen ja, wie immer wieder versichert wird, nicht als Feinde des Verbandes, sondern als deren Schützlinge betrachtet werden. Die vielen Ententekommissionen, die bisher Danzig berührt haben, ließen dies wenigstens immer durchscheinen. Die Danziger haben aber ihren Stolz. Sie wollen nicht als Schoßkind der Entente, sondern als freie Männer behandelt werden, denen der Verband Licht, Luft und Sonne in so ausreichendem Maße zur Verfügung stellt, daß der Freistaat leben und gedeihen kann und nicht seit seines Lebens ein erbärmungswürdiger Kriegsgreis bleibt. Die Entente erfülle die Wünsche, welche die deutsche Note enthält, recht bald und eröffne direkter Verhandlungen mit den Danziger Behörden! Sie selbst wird hiervon den entschiedensten Vorteil haben.

Die drei Fragen über Danzig.

Die deutsche Note über Danzig enthält nach einer weiteren eigenen Drahtmeldung folgende präzise Fragen:

1) Wann wird Danzig zur Freistadt erklärt?
2) Welche Nationalität werden die Bewohner Danzigs in der Zeit zwischen der Aufgabe der Stadt durch Deutschland und dem Augenblick, wo die Stadt eine freie Stadt wird, haben?
3) Welches sind die Beziehungen Danzigs zum polnischen Staate?

Die Polonisierung Posens.

Wie von berufener Seite mitgeteilt wird, sind die Polen dabei, mit den Schätzen und Einrichtungen, die der Stadt und Provinz Posen das deutsche Gepräge gaben, aufzuräumen. Die „Posener Zeitung", die vor kurzem ihr 125jähriges Bestehen feiern konnte, ist am 1. Juli in polnische Hände übergegangen; die „Neuesten Nachrichten" haben sich in ein polnisches Blatt in deutscher Sprache umgewandelt, das „Posener Tageblatt" wird von der polnischen Verwaltung schwer drangsaliert, sodaß sein Weitererscheinen aufs äußerste gefährdet ist. Die Kriegszeitungen sind zum Teil in polnischen Besitz übergegangen, zum Teil werden sie als doppelsprachige Organe unter der Benennung des polnischen Generalkommandos weitergeführt, das „Grafener Tageblatt" wird in nächster Zeit sein Erscheinen einstellen.

Einen schweren Stand hat die nicht unbeträchtliche deutsche Minderheit in der Posener Stadtverordnetenversammlung, der man die polnische Sprache aufgezwungen hat. Diese Zwangsmaßnahme schließt jedoch für die Deutschen den Vorteil in sich, daß sie die polnische Sprache verstehen lernen, während die Polen sich gegen die deutsche durchaus ablehnend verhalten.

Beteiligung von Hallertruppen an Pogromen.

Amsterdam, 17. August. Englischen Blättern vom 15. d. Mts. zufolge bittet Harmsworth in einer schriftlichen Antwort mit, es sei ihm bekannt, daß sich Leute der Armee des Generals Haller am 26. Juni an judenfeindlichen Ausschreitungen in Warschau beteiligt und u. a. verschiedene Juden die Bärte abgerissen haben sowie daß sie auch in anderen als in den von ihm in der Unterhaussitzung vom 5. erwähnten Städten Juden angegriffen und verletzt haben. Harmsworth fügte hinzu, die britische Regierung entsende eine Kommission nach Polen, um die Stellung der Juden in diesem Lande zu untersuchen.

Die Abberufung gegen Holland vor der Aufhebung. Telegraaf" meldet, daß die Grenze zwischen dem belgischen Lüttich und den Niederlanden in zehn Tagen geöffnet werden wird.

Neuer amerikanischer Streik in Sicht. Das Pressebureau Radio meldet aus Washington, daß ein Streik der Frachtransportarbeiter auf den Bahnen und Dampfschiffen sowie der Angestellten auf den Schnellzügen und Bahnhöfen droht.

Die Bedrängnis der Pfalz.

Eigene Drahtmeldung.

-l. **Frankfurt a. M.**, 18. August.

Eine Zuschrift an die „Frankfurter Zeitung" aus der Pfalz warnt im Anschluß an die jüngst verbreitete Meldung der Münchener Korrespondenz Hofmann noch einmal die deutsche Öffentlichkeit vor der dringenden Gefahr eines gewaltsamen Putsches, den die Leute um Haas, Eggersdorf und Genossen zur Losreißung der Pfalz von Deutschland an einem unmittelbar bevorstehenden Zeitpunkt unternehmen wollen. Einen Anspornzur Tat biete für die Pfälzer Hochverräter neben den bereits erfolgten unbequemen vorzeitigen Veröffentlichungen zunächst die nahe in Aussicht stehende Ratifizierung des Friedensvertrages, nach der die politische Meinung wieder offen ausgesprochen werden dürfe und nach der ein Sturmwind der Entrüstung die Franzosenlinge hinwegfegen werde, die heute unter dem militärischen Schutz der Franzosen frech behaupteten, vom Vertrauen des Volkes getragen zu werden. Am stärksten aber dränge die Konkurrenz der Rheinrepublik zur Tat. Darüber heißt es in der Zuschrift:

„Ein Teil der pfälzischen Reinrumsplätze ist mit flieenden Fahnen zur Rheinrepublik übergeschwenkt und verkert die Pfälzer essen zur Lösung ihrer Verhältnisse mit Bayern auf. Das großzügige Unterstützungsprogramm, das der bayerische Landtag der Pfalz gegenüber ins Werk setzt, wird von ihnen mit Hohn und Spott bedacht und als Gimpelfang hingestellt. Was Bayern mit Bezug auf Koburg recht scheint, müsse ihnen hinsichtlich der Pfalz billig sein. Angesichts dieser Agitation pfälzischer Zentrumsblätter ist es begreiflich, wenn der Bund „Neue Pfalz" diese Agitation nicht zu übertumpfen sucht. Und so läßt er denn in seinem Bundesorgan klar durchblicken, daß die Zeit gekommen sei, mit dieser Regierung gewaltsam aufzuräumen."

Da es für die reichstreue Volksmehrheit bei der Förderung, welche die französische Militärbehörde den hochverräterischen Zielen zuteil werden läßt, und bei der Bedrückung, unter der sie selbst leidet, unmöglich ist, eine wirksame Gegenhandlung durchzuführen, hat sich nach und nach in der Pfalz eine derartige politische Verdächtigung in der Öffentlichkeit breit gemacht, daß der einfache Mann aus dem Volke tatsächlich nicht mehr weiß, was er tun soll. Das einzige Mittel, so sagt die Zuschrift, das die deutschgesinnten Elemente anwenden können, ist die Verbreitung von Flugblättern. Es ist indessen nur ein schwaches Mittel. Trotzdem ist die Hoffnung nicht aufzugeben, daß die kerndeutsche Pfalz nie und nimmer von Deutschland auf die Dauer losgelöst werden kann.

Die Massenverhaftungen in Nordmähren.

Wien, 17. August 1919. „Narodny Listy" versucht den durch die Massenverhaftungen von Deutschen in Nordmähren hervorgerufenen Eindruck durch einen Artikel zu entkräften, worin das Blatt die Tatsache der Verhaftung nicht bestreitet, aber die Behauptung aufstellt, daß eine Masse von Studenten und Beamten in die tschechische Republik entsandt worden sei, um gegen die Gesamtheit des tschechischen Staates zu arbeiten. Diese Behauptung entbehrt jeder tatsächlichen Grundlage. Von deutschösterreichischer Seite ist nichts getan worden, um das nachbarliche Verhältnis der beiden Staaten zu stören und der künftigen Arbeit weiter bestehenden Probleme im Nahmen des Völkerbundes vorzugreifen.

Das norwegische Liebeswerk für deutsche Kinder.

Christiania, 16. August. Der deutsche Gesandte von Mutius und Gemahlin veranstalten heute im Gesandtschaftshause einen Empfang für die Mitglieder des norwegischen Hilfsausschusses, der durch seine unermüdliche aufopfernde Tätigkeit 2500 deutschen Kindern während des Sommers Aufenthalt in norwegischen Familien und in Ferienkolonien ermöglicht hat. Der Gesandte wies in einer Ansprache auf die Bedeutung des großzügigen Liebeswerks hin, das von norwegischer Seite in dieser Zeit der Verkennung und Verleumdung deutschen Kindern erwiesen worden sei, und sprach im Namen der deutschen Eltern dem norwegischen Komitee den Dank des deutschen Volkes für die großartige Gastfreundschaft aus, durch die Norwegen den notleidenden deutschen Kindern in so hochherziger Weise geholfen habe.

Trotzki über die Stimmung in der Ukraine.

In der „Betrogenbtsfoya Prawda" schreibt Trotzki über die Einnahme Charkows durch Denikin, diese Einnahme sei nach der Räumung des Donezgebietes und des Gouvernements Jekaterinoslaw ein schwerer Schlag, der ganz Sowjetrußland und die Offensive als die wichtigste Hälfte der Ukraine treffe. Die unter den Werktätigen in der Ukraine herrschenden Stimmungen hätten die reactionäre Bewegung sehr erschwert. Die Ukraine habe in den letzten Jahren eine ganze Reihe von Regimen durchgemacht: das Regime Kerenskis, der Rada, der Sowjetgewalt, der mit Hilfe der deutschen Bajonette wiedergekehrten Rada, der kleinbürgerlichen Demokratie unter der deutschen Besatzung, des Hetmans, den die deutsche Revolution stürzte, Petljurowsch, der Sowjetgewalt und jetzt Denikins. Der ukrainische Bauer habe sich aktiv oder passiv allen Regimen widersetzt, er glaubte, er brauche gar keine Regierung. Unter den vorigen Arbeitern habe der kleinbürgerliche Sozialismus einen vorzügen Einfluß gehabt, daß er jeden Fortschritt der Revolution gehemmt hätte. Nach der Vernichtung der ukrainischen Sowjets durch die Deutschen seien die Menschewiki und Revolutionärrevolutionäre im Norden der Ukraine aufgetreten und hätten der Sowjetgewalt überall Hindernisse bereitet, so daß der Sieg Denikins ermöglicht worden wäre.

Reich und Bundesstaaten.

Keine Benachteiligung ausgeschiedener Beamter.

Ein Berliner Blatt berichtet von einer „Anweisung" des Staatsministeriums, nach der die Kriegsbeihilfen an Beamte, die infolge der Umgestaltung des Staatswesens gemäß den Bestimmungen in den Ruhestand treten, nicht bewilligt werden können. Wie wir von zuständiger Stelle erfahren, ist eine solche Anweisung nicht ergangen.

Die Buchführung der Steuerzahler.

Nach der neuen Reichsabgabenordnung muß die Bücherverlegung von der Steuerbehörde gemäß § 207 verlangt werden, wenn die Steuerzahlgesetzgebung bei Nichtbuch des Pflichtigen nicht „erklärt" wird. Wie man aus Schreiben, werden die Steuerpflichtigen darauf gefaßt sein müssen, daß die Steuerbehörden recht oft Klarheit darüber besonders Nachprüfungen der Buchführung herbeiführen werden. Man dürfte nämlich von dem Grundsatz ausgehen, daß eine formell ordnungsmäßige Buchführung die tatsächliche Richtigkeit, z. B. der Absetzungen der Buchführung in keiner Weise verbürgt. Insbesondere Einzelnen aus den verschiedensten Kreisen haben darauf hingewiesen, daß die durch die Kriegsnotgesetze begünstigte Unsitte verbreitet ist, jährliche und wichtige Geschäfte (wie Geschäfte „hinterdenrum" und „a. F." ohne Faktura) nicht zu buchen. Diese Buchführung wird sicherlich von den Finanzämtern beanstandet werden müssen. Auch sonst wird dies der Fall sein, wenn die Ergebnisse der Buchführung zu den allgemeinen Erfahrungssätzen, welche die Steuerbehörde aus den Bücher einer großen Menge informierenden Sachen entnimmt, nicht stimmen. In solchen und anderen Fällen, die sich aus den verschiedensten Umständen ergeben, muß die Steuerbehörde das Recht haben, den Steuerpflichtigen zum Beweise zu nötigen.

Rückkehr der bayerischen Regierung nach München.

Die bayerische Regierung ist gestern von Bamberg nach München übergesiedelt.

Keine Putschgefahr für Hof.

In Berlin ist an zuständiger Stelle vom Stadtrat in Hof in Bayern über die dortige politische Lage folgende Mitteilung eingegangen:

Die mehrfach in der Presse verbreiteten Nachrichten über einen bevorstehenden Putsch in oder bei Hof treffen keineswegs zu. Allerdings wird in der Umgebung die kommunistische Propaganda stark betrieben. Auch von einem angeblichen Waffenschmuggel aus Sachsen ist bisher noch nichts zu bemerken gewesen.

Wiederaufnahme der Arbeit in Blankenburg.

-l. **Braunschweig**, 18. August. (Eigene Drahtmeldung). Der Streik der landwirtschaftlichen Arbeiterfrauen im Kreise Blankenburg am Harz ist nach dreitägiger Dauer beendet, und heute früh ist die Arbeit allgemein wieder aufgenommen worden. Die Verhandlungen zwischen den Arbeitgebern und den Arbeitern führten gestern zu einer Einigung, wonach Teuerungszulagen von 10 bis 2 bis 3 Mark zugebilligt wurden. Die Landarbeiter des Kreises Blankenburg haben sich dem Braunschweiger Kommunisten und Streikbegern nicht länger beteiten lassen und ihnen eine weitere Gefolgschaft verweigert.

Kein e Sperrung der Einreise ins besetzte Westgebiet.

-l. **Frankfurt a. M.**, 18. August. (Eigene Drahtmeldung.) Die von Berlin aus verbreitete Meldung, daß die Einreise in das besetzte Gebiet für 14 Tage gesperrt sei, entspricht, wie das hiesige Zivilkommissariat der neutralen Zone mitteilt, nicht den Tatsachen. Die Einreise vollzieht sich nach wie vor in der üblichen Weise.

Kirchenaustritt in Sachsen.

sk. **Leipzig**, 17. August. Mit seiner Veröffentlichung ist das Kirchenaustrittsgesetz für den Freistaat Sachsen in Kraft getreten. Danach kann jetzt her das 14. Lebensjahr vollendet hat, seinen Austritt vor dem Standesamt erklären. Mit der kostenlosen Bescheinigung gilt der Austritt als bewirkt.

Oesterreichisches Entgegenkommen zur Leipziger Messe

× Leipzig, 16. August. Das deutsch-österreichische Staatsamt für Verkehrswesen hat den Teilnehmern der Leipziger Herbstmustermesse — Ausstellern sowie den Ausstellern — auf den deutsch-österreichischen Bahnen in allen Wagenklassen die Schnell- und Personenzüge eine Fahrpreisermäßigung von 50% gewährt. Ebenso werden die Mängelte unter den für Ausstellungsgüter geltenden Bedingungen frachtfrei befördert. In dieser Vergünstigung kriecht sich die Erkenntnis aus, daß die Leipziger Mustermesse für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutsch-Österreichs von derselben Wichtigkeit ist wie für denjenigen Deutschlands.

Demokratische Partei und Reichspolitik.

Seit dem Ausscheiden der Vertreter der Deutschen Demokratischen Partei aus dem Reichskabinett ist die Frage von Zeit zu Zeit zur Erörterung gelangt ob es nicht zweckmäßig wäre, das Reichskabinett wieder auf die ursprüngliche Basis zu gestalten. Das Ausscheiden der Demokratischen Partei aus der Regierungsmehrheit wurde vollzogen, weil die Partei ihre am 12. Mai kundgegebene Auffassung, daß der Versailler Vertrag unannehmbar sei, wenige Wochen später nicht verleugnen mochte. Sie hat ihren grundsätzlichen Standpunkt gewahrt. Um diesen aber handelt es sich nun nicht mehr. Das deutsche Volk muß sich mit dem Versailler Frieden als einer gegebenen Tatsache abfinden und sein politisches Bestreben darauf richten Milderungen auf friedlichem Wege zu erwirken. Bei diesem Bemühen besteht zwischen der Reichsregierung und der Demokratischen Partei keinerlei Gegensatz. Auf dem demokratischen Parteitag hat Graf Bernstorff betont, daß der Streit, ob der Vertrag hätte unterzeichnet werden sollen oder nicht erledigt sei, da er für den Politiker keine Bedeutung mehr habe. Der Vertrag müsse einfach nach seinem Sinnen gehalten werden. Da er aber unerträglich und unerfüllbar sei müsse seine Revision fortgesetzt verlangt werden; die gleiche Anfassung vertrat der Reichsminister des Aeußern Müller in der Nationalversammlung.

Aus dieser Uebereinstimmung ergibt sich, daß zwischen der Reichsregierung und der Demokratischen Partei in der unter gegamtes politisches Leben jetzt und für absehbare Zeit beherrschenden Grundfrage ein Zwiespalt nicht vorhanden ist. Darüber hinaus bewegten sich die Darlegungen der genannten zwei Staatsmänner in bezug auf eine ganze Reihe von Fragen in gleichlaufender Richtung. Beide lehnen den Rätegedanken entschieden ab und setzen sich für eine Herrschaft des Rechts und der Gerechtigkeit in den Beziehungen der Völker zueinander ein. Der Völkerbund, in der in Paris beschlossenen Fassung ist ihnen nicht entfernt eine Verwirklichung des hohen Gedankens, wie ihn Kant ausgeprägt hat. Trotz der Verzerrungen, die dem Pariser Völkerbunde anhaften, sind der Reichsminister Müller wie Graf Bernstorff für den Beitritt Deutschlands in diesen Verband, den zu einer wirklichen Gesellschaft der Nationen umzugestalten eine Aufgabe der Zukunft sein wird. Mit gleicher Wärme gedachten beide Redner unserer verlorenen deutschen Brüder und der deutschen Brüder in Oesterreich, denen der Anschluß an Deutschland verwehrt wird. Das Los der unter Fremdherrschaft geratenen Deutschen soll teils durch unmittelbare Verhandlungen mit den Nachbarstaaten, teils durch ein vollkommen loyales Verhalten Deutschlands geordnet und vor Willkür gesichert werden, wobei der im Völkerbunde zugesprochene Schutz der Minderheiten sein Wert zu tun hatte. Mit allen Staaten ohne Ausnahme sind freundliche Beziehungen anzustreben und zu pflegen, jene Mit von Sozialisinspolitik abgesehen ist angesichts. Herzlichgutheißen ist auch die Uebereinstimmung in dem Nachruf, den Reichsminister Müller und Graf Bernstorff auf die Neugestaltung unserer nachbarschaftlichen Beziehungen zum Ausland legen.

Hat der eine sich mit diesen, der andere sich mit jenen Fragen eingehender befaßt, so geschah es doch immer in einem weil Lessesche ein lästiger Narr war, der eine unerwiderte Liebe zum Schriftstum empfand. Lessesche fühlte sich über geeßt durch den Verkehr mit Patru, der schon ein großes Ansehen als Schriftsteller genoß, und schien sich ihm so gründlich und eng an daß Patru einen Freund, namens d'Ablancourt, vor dem er keine Geheimnisse hatte, bitten mußte ihm den guten Mann etwas anzunehmen. Die Drei bildeten dergestalt eine eng heiratsfähige Gesellschaft; sie kamen dreimal in der Woche zusammen. Es konnte jetzt nicht mehr allzulange dauern daß Patru Lessesche öfters besuchte und dann auch wohl den Mann öfter nicht antraf und allein mit der Frau sprach.

(Schluß folgt.)

Afrikas Bodenschätze. Der außerordentliche Professor für Geologie und Paläontologie an der Universität Leipzig Dr. Erich Krenkel hielt am 19. Juli seine Antrittsvorlesung über die „Bedeutung afrikanischen Bodens ausgebeutet worden — Afrika ist zusammen mit Arabien urallte Bergbauland —, waren es die alten Aegypter, die Gold aus den Wüsten zwischen Rotem Meere und dem Nil, aus Nubien bezogen. Die phönizischen Könige und die des jüdischen Reiches erhielten ihre reichen Goldschätze aus Arabien und das „Ophirgold" von Südafrika, aus Mosambik und Matschonaland. Die weite, mit vor Jahrhunderten Periode nach Südafrika durch einen Reichtum an Gold und Diamanten und reichen bedeutendsten Bergbau zu einem der lonangebenden Erz- und Edelsteinländer der Welt. 45 % der Goldgewinnung der Erde im Werte von 900 Millionen Mark kommen aus Südafrika. Die dritte Periode reicht bis 1910 und auch das tropische Mittelafrika auf den Schauplatz treten. Das frühere Deutsch-Ostafrika und der Kongostaat verfügen über großen Mineralreichtum. In ersterem sind Gold, Eisen, Kohlen, Glimmer, Salz, die um Zeit ausgebeutet werden. Im letzteren ist es besonders das erreichte Katanga, das über große Vorräte an Kupfer und Zinn verfügt; außerdem werden Gold und Diamanten gewonnen. Auch aus anderen Gebieten Mittelafrikas sind viele Schätze unserer nutzbarer Mineralien bekannt, bleiben Mittelafrika sind erhebliche Zukunftsarbeit entgegengeht. Es bleibt zu hoffen, daß, wie bisher, deutsche Geologen eine sehr erfolgreiche Forscherthätigkeit in Afrika entwickeln dabei, ihnen auch künftig diese nicht verloren werden wird.

Heidelberg Ehrendoktor sämtlicher Technischen Hochschulen. Von dem Rektor der Braunschweiger Technischen Hochschule, Prof. Dr.-Ing. Schimf, wurde am 16. August in Gegenwart des Rektors der Technischen Hochschule in Hannover, Professor Dr. Müller, dem Generaldirektor von Hindenburg eine Urkunde überreicht, durch die Rektoren und Senate der Technischen Hochschulen des Deutschen Reichs auf einstimmiges Antrag ihrer sämtlichen Abteilungen dem Generalfeldmarschall die Würde eines „Doktor-Ingenieurs Ehrenhalber" verliehen.

Flugerlaubung auf Jungfraujoch. Sonntag früh ist der schweizerische Oberleutnant Aufermann mit Major Bezer im Doppeldecker auf Jungfraujoch (3600 m) gelandet.

Zwei Liebende.

Novelle von

Paul Ernst.

Die gesellschaftlichen Veränderungen ergeben sehr viele und bedeutende Veranlassungen für menschliche Schicksale; nicht nur die plötzlichen Veränderungen, die wir als Revolutionen bezeichnen, sondern auch die langsamen. Die Menschen leben immer in ihrer Zeit, deren Zustände sie als die natürlichen ansehen; alles, was sie tun, scheint ihnen Ausfluß ihres eigenen Willens zu sein; sie können nicht wissen, wie viel von ihren Handlungen ihnen von der Entwicklung ihrer Zeit geboten ist, so daß ihr Leben für eine andere Betrachtung vielleicht sogar als unfrei erscheinen kann: für eine Betrachtung, welche erst am Spätschwerer aufstieg, was, wenn die Zeit, in der sie leben, völlig abgeschlossen vorliegt. Und merkwürdig genug ist es, daß gerade die Handlungen und die aus ihnen sich ergebenden Schicksale vorzüglicher und die andere überragender Menschen, die in ihrer Zeit als Ausnahmen erscheinen und ganz losgelöst von dem Zwang der äußern Verhältnisse, den Späteren als ganz besonders auffällige Erscheinungen des Müssens ihrer Zeit vorkommen.

In einem alten französischen Buch, das die Lebenserinnerungen eines Mannes enthält, der viele Schicksale kennenlernte, hat mich immer eine Geschichte gefesselt, welche ein Beispiel für diese Betrachtung ist; sie erzählt das Schicksal zweier Liebenden, das scheinbar ganz durch die zufällige unentschlossene Art des Mannes und die zufällige ungebührlich-leidenschaftliche der Frau bestimmt ist; das selber in der Art, wie es sich für Mann und Frau verschieden gestaltet, etwas Zufälliges zu haben scheint; und nur, wenn wir es in den großen geschichtlichen Zusammenhang der Klassenbewegung stellen, ganz notwendig ist. Dabei darf man denn freilich nicht die Klassenbewegung als das letzte des Bestimmenden auffassen wollen und die Figuren etwa als Puppen einer geschichtlichen Entwicklung auffassen. Diese geschichtliche Entwicklung unterliegt wieder einem höheren Gesetz; vielleicht richtiger, stellt einen zeitweiligen Vergang im Diesseits dar, wie unsere Vorfahren sich ausdrückten, daß der Wille Gottes die Geschicke der Völker lenkt; und dadurch ist der Einzelne mit seinem zunächst frei, dann gebunden erscheinenden Leben, Willen und Schicksal schließlich doch mit dem Unendlichen verknüpft, in welchem dann die Gegensätze von Freiheit und Gebundenheit gar nicht mehr sind.

In der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts begann in Frankreich die Bewegung, welche die heute als gebildeter Mittelstand bezeichnete Klasse äußerlich gesellschaftlich und innerlich geistlich höher führte. Die große Menge des Standes war noch eng, beschränkt, was man heute spießbürgerlich nennen würde, und hatte keinen Teil am geistigen Leben der Nation; dieses geistige Leben hatte nur der Adel. Aber einzelne Menschen erhoben sich bereits aus der gleichen Masse und strebten nach Teilnahme an diesem geistigen Leben; dieses Streben mußte ihnen selber als Freiheitsbedürfnis erscheinen und als Drang, aus kleinlichen Verhältnissen herauszukommen; andern also vielleicht als Anmaßung, Ueberheblichkeit, Sprengen alter Sitte, ja, Aufhören der Sittlichkeit. Die Folgen für das Leben dieser Menschen mußten verschieden sein nach Alter, Stand und Geschlecht. Vor allem mußten sie für ein weibliches Wesen auf jeden Fall unheilvoll werden; denn das Leben eines jeden Menschen wird ja gerichtet, wenn er den letztgeschlossenen Kreis des Herkommens verläßt; aber beim Mann kann diese Zerstörung des eigenen Glücks bezahlt werden dadurch, daß er nun die Möglichkeit höherer Geistigkeit hat; bei der Frau ist alles eins; auch ihr Wirken auf andere hängt davon ab, ob sie selber in ruhiger und sittlicher Art lebt; und wenn ihr Leben zerstört ist, so muß sie notwendig die Zerstörung weiter tragen. Die Frau, die Gutes wirken soll, muß glücklich sein; der Mann braucht, unter Umständen darf ein vollen Glück nicht haben, wenn er ein höheres Ziel erreichen will.

Die Bewegung, von welcher wir hier sprechen, fand unter den Juristen statt, welche ja auch in andern Ländern in der gesellschaftlichen Entwicklung eine eigne Rolle zwischen Adel und Bürgertum gespielt haben.

Ein Prokureur am Chätelet namens Turpin hatte eine sehr schöne Tochter; sie war von jener Weiße der Haut, dem hellen Blond des Haares und der schlanken, biegsamen Gestalt, wie sie in den romanischen Ländern heute immer seltener werden. Im Jahre 1625 war eine große Prozession; an ihr nahm das damals fünfzehnjährige Mädchen teil. Ein junger Advokat namens Patru erblickte sie im Zuge und verliebte sich heftig in sie. Patru war gleichfalls ein schöner Mensch, gleichfalls jung, und die beiden hätten vielleicht das schönste Paar in Paris abgegeben.

Es ist nun nicht bekannt, daß Patru sie von ihren Eltern zur Ehe verlangte. Der Berichterstatter ist ein leichtfertiger und gedankenloser Klatscher, der sich nicht klar macht, was eigentlich zwischen den beiden vorgeht. Er meint, Patru habe sich in ein Mädchen verliebt aber habe sich gesagt, daß er eine solche Ehe nicht dürfe nicht zu weit gehen, bei einem jungen Mädchen könne man leicht hängen bleiben. Der Berichterstatter — es ist Tallement des Réaux — betrachtet Patru also als einen gemeinen Schürzenjäger. Er hat Patru in seinen späteren Jahren gekannt, wo er durch seinen Geist in die höhere Gesellschaft aufgenommen war.

Ein solches Urteil sagt nichts über den Beurteilten aus, sondern über den Beurteiler. Tallement nimmt einfach an, daß Patru die Bewegründe hatte, die er selber gehabt hätte. Er hat gewiß unrecht; aber hat er ganz unrecht?

Unsere Bewegründe sind die Erklärungen, die wir selbst uns für unser Handeln geben. Es ist nicht nötig, daß diese Erklärungen richtig sind; je jünger und unerfahrener wir sind, je weniger klar uns noch ist, daß kein Mensch dem andern gleicht, daß also fremde Bewegründe, die der junge Mensch ohne weiteres übernimmt, unsere Handlungen nie richtig erklären können, desto leichter werden wir uns falsche Bewegründe unterschieden. Es ist nicht unmöglich, daß Patru sich sagte, was Tallement ihm unterschiebt; es ist nicht unmöglich, daß jenn ihm unbekanntes Gefühl war: da darfst dich nicht in einer kleinbürgerlichen Ehe fesseln, dein Geist muß sich frei entwickeln können, du mußt ihm beim Glück opfern.

Tallement ergänzt weiter, daß Patru Fräulein Turpin in der Messe traf; er grüßte sie und sie erwiderte seinen Gruß liebenswürdig. Er ging öfters an ihrem Hause vorbei, sie stand vor der Tür; er sah sie mit verliebten Blicken an und sie blickt schon nicht gleichgültig. Das Folgende ist nicht recht einzelnen Sachen; da er leidenschaftlich wünschte, daß sie heiratete, so heiratete sie ein Advokat am Parlament namens Lessesche einige Zeit darauf. Hatte Patru mit ihr gesprochen? Die beiten können doch nicht ein schmähliches Uebereinkommen getroffen haben? Das Mädchen war fünfzehn Jahre alt, er selber war noch sehr jung; soll man Tallement glauben? Man fragte damals bei Heiraten die Mädchen nicht; der Ehemann wurde von den Eltern ausgesucht. Der boshafte Erzähler vergiftet offenbar die einfachsten Dinge.

Nun, Lessesche war kein, unansehnlich und lächerlich. Nach der Ansicht Tallements mußte Patru um zufrieden sein. Lessesche hatte sich vom Parlament aus die Ehe verbieten lassen, weil jein Schwiegervater dort war; Patru ließ sich gleichfalls dort einschreiben, wie Tallement sagt, unter dem Vorwand, daß man seine Laufbahn dort am besten beginne.

Er hielt sich entfernt von Lessesche, er gemann daß Ansehen unter seinen Genossen; dann machte er eine Reise nach Italien. Wehmäh machte es die Reise, wie heute? Nach seiner Rückkunft stand er einmal mit einer Gruppe Advokaten zusammen, unter ihnen war Lessesche. Es tauchte der Vorschlag einer heiteren Zusammenkunft auf, bei der man den Reisenden fragen und sich von ihm erzählen lassen wollte; Lessesche lud die Herren zu sich ein, und gleich für denselben Abend. Alle kamen, auch Patru; man blieb bis elf Uhr Mitternacht zusammen, trank und war lustig, Frau Lessesche nahm an allem teil und war bis zum Schluß in der Gesellschaft.

Patru wagte nicht, von selber wieder in das Haus von Lessesche zu kommen, denn er fürchtete, daß über die Frau übel gesprochen werde. Einmal traf er sie allein in der Kirche, er gestand ihr, daß er sie gern aufgesucht hätte, wenn er es gewagt hätte; sie erwiderte ihm, er solle sich nicht schenen und sie besuchen. Er kam darauf hin einige Male; aber es wird geklatscht, der Gatte wird verdrießlich; sie teilt das Patru mit, zu dem sie in kurzer Zeit in nähere Beziehung gekommen war. Um die Beziehung zu verdecken, bemüht sich Patru um die Mutter der Geliebten, denn die Schwiegereltern wohnen Tür an Tür mit Lessesche. Die Mutter geht lebhaft auf ihn ein, sie ist vermutlich entzückt, daß sie noch so einen jungen Verehrer hat und posaunt überall sein Lob aus; nun wird auch ihr Mann ärgerlich; er sagt der Sache no. Nicht so schwer, er macht sie auf ihre Lächerlichkeit aufmerksam. Es bedarf Patru nicht weiter übrig, als mit jenem Lessesche Freundschaft zu schließen. Er hatte das bis dahin vermieden, weil Lessesche ein lästiger Narr war, der eine unerwiderte Liebe zum Schriftstum empfand. Lessesche fühlte sich über geeßt durch den Verkehr mit Patru, der schon ein großes Ansehen als Schriftsteller genoß, und schien sich ihm so gründlich und eng an daß Patru einen Freund, namens d'Ablancourt, vor dem er keine Geheimnisse hatte, bitten mußte ihm den guten Mann etwas anzunehmen. Die Drei bildeten dergestalt eine eng heiratsfähige Gesellschaft; sie kamen dreimal in der Woche zusammen. Es konnte jetzt nicht mehr allzulange dauern daß Patru Lessesche öfters besuchte und dann auch wohl den Mann öfter nicht antraf und allein mit der Frau sprach.

(Schluß folgt.)

Streik und Polenputsche in Oberschlesien.

Drahtmeldung.

Kattowitz, 18. August.

Zur Streikfrage in Oberschlesien wird gemeldet: Der Streik geht weiter, hinzugekommen sind fünf Gruben des Rybniker Reviers. Vom Streik unberührt ist nur noch der Hultschiner Bezirk. Das Eintreten des Rybniker Reviers in den Streik wirft ein grelles Schlaglicht auf die polnischen Putsche, die mit der Streikbewegung Hand in Hand gehen. Aus dem Beuthener Revier wird hierzu gemeldet: Nach 2 Uhr setzten fast gleichzeitig die polnischen Putschbestrebungen in folgenden Orten ein: Bobrek, Hohenlinde, Lipine, Dombrowka, Scharley, Birkenhain, und ganz besonders Karf, Gebullahütte. Die Ortschaften gingen an die Polen zum Teil verloren, wurden aber zum größten Teil, nachdem Verstärkungen herangeholt worden waren, wieder zurückgenommen. Auch Dombrowka war in den Vormittagsstunden noch in polnischer Hand, seine Entsetzung steht aber jede Stunde zu erwarten. Eine größere Unternehmung ist augenblicklich im Gange in der Richtung Schomberg—Julienhütte—Karf.

Aus dem Kattowitzer Bezirk wird gemeldet: Tichau ist entsetzt, unsere Truppen gingen vor in Richtung Nikolai, Lichau, Pawrozan. Bisher gesichert ist die Linie bis zum Kanal südlich von Pawrozan. Augenblicklich besteht keine Verbindung südlich Groß Chelm, ebenso nicht in der Richtung Alt und Neu Berun. Eine Schutzwache südlich von Neu Berun bei Jedlin wurde überrumpelt. Nur der Wachhabende entkam.

Ueber weitere Putsche in der Nähe von Kattowitz liegen folgende Meldungen vor: In Zalenze sollten die Polizeiwachen überrumpelt werden. Der Anschlag wurde verhindert. In Boguschütz fanden sturmartige Ansammlungen statt. Das Aeußerste wurde auch hier verhindert. Ernst ist die Lage in Nikischacht, wo eine Abteilung der Reichswehr stark bedroht ist. Man hofft, durch herangezogene Verstärkungen die Lage zu retten. Die Polizeiwache in Janow wurde von den Polen besetzt. In Myslowitz sind vier Schutzleute verschwunden. Es kam zu Zusammenstößen. In Schoppinitz stehen Zusammenstöße bevor. Truppenverstärkungen sind im Anmarsch.

Die Unzufriedenheit der Breslauer Eisenbahner.

Die Ortsgruppe Breslau des Deutschen Eisenbahnerverbandes, über deren ultimative Forderung an die Regierung wir bereits berichtet hatten, erließ einen Aufruf, in welchem dem Polizeipräsidenten von Breslau Voigt und dem Reichskommissar, die sich feinerzeit für die Bewilligung der Eisenbahnerforderungen durch die Regierung verbürgt hatten, vorgeworfen wird, daß sie doch gegebene Versprechen nicht zu halten imstande waren oder wollen. Ihnen sei daher die Verantwortung für einen eventuellen Streik zuzuschieben.

Daraufhin ist vom Reichskommissar Hörsing an den Ortsverband Breslau folgendes Schreiben gerichtet worden: „Der Reichs- und Staatskommissar hat sofort nach seiner Rückkehr nach Oberschlesien mit der Ortsgruppe Fühlung genommen und in einem am Sonnabend in einer Versammlung vorgelesenen Schreiben darauf hingewiesen, daß seinerzeit alles Menschenmögliche von seiner und der Polizeipräsidenten Seite in Berlin unternommen worden wäre, um die Wünsche der Eisenbahner zur Geltung zu bringen. Die verfassunggebende preußische Landesversammlung hat am 26. Juli aber beschlossen, daß die Löhne der Staatseisenbahner nicht erhöht werden dürften. Von diesem Beschluß hat der Reichskommissar der Ortsverwaltung sofort telephonisch Mitteilung gemacht.“

Abg. Dr. **Heinze** (D. Vp.): Wir verlangen ebenfalls Absetzung der Vorlage. Wir sind in der letzten Zeit mit Gesetzesvorlagen überschüttet worden, von denen die Mehrheitsparteien sehr genaue Kenntnis hatten, während die Minderheitsparteien haben nicht unterrichtet waren. Dadurch hat man und in einen Nachteil gebracht. Wir müssen verlangen, daß uns Gelegenheit gegeben wird, die Vorlage in gründlicher Weise zu durchdenken und zu beraten. (Beifall rechts; Unruhe links.)

Abg. Dr. **Dernburg** (Dem.): Es ist zugegeben, daß das Haus in der letzten Zeit stärker zu arbeiten hatte. Auch landwirtschaftlich ist es, daß es sich seine Arbeitskraft bewahrt hat. Es ist unverantwortlich, daß die Abgeordneten der Deutschen Regierung haben gefunden hat, hier vorlegen zu müssen. (Lebh. Beifall links, Lärm rechts.) Die Vorlage ist nicht kompliziert; jeder Kenner des Etats weiß, daß sie vollauf begründet ist. Wenn wir jetzt eine ganz kurze Besinnung vornehmen, ist durchaus die Möglichkeit zu einer gründlichen Beratung im Ausschuß gegeben. Die Rechte macht hier ganz einfach einen Versuch zur Störung der Geschäfte. (Lebhafte Beifall links, Widerspruch rechts.)

Abg. **Schultz**-Bromberg (D. Nat.): Wenn die erste Lesung überhaupt einen Sinn habe wird, müssen die Parteien doch einen unterrichteten Redner verschicken können; dazu haben wir aber keine Möglichkeit erhalten.

Abg. Dr. **Hugenberg** (D. Nat.): Reichsfinanzminister Erzberger hat ihr schweres Geschäft aufgebürdet. Er hat behauptet, wir könnten vor dem Bankerott, wenn die Vertagung der Vorlage erfolgen sollte. Darum wird es keine noch so gründliche Beratung im Ausschuß geben können. Wenn die Sache so schlimm stand, dann wäre es auch nötig gewesen, daß acht Tage früher zu sehen.

Reichsfinanzminister Erzberger

Die Verhandlungen, die vor der Einbringung des Gesetzentwurfes notwendig gewesen sind, sind erst am Sonnabend zum Abschluß gelangt. Das von den Antragstellern geforderte genauere Studium der Vorlage ist verfehlt, weil ich zur Begründung Ergänzungen zu machen habe, die ich hier nicht machen kann, und die darum, warum ich in diesem Augenblick die Beratung der Vorlage verlangen muß. Vorherige Informationen sind keine Partei gewacht worden. Die Annahme des Antrages Hugenberg würde von schwerem unabsehbaren Folgen begleitet werden.

Abg. **Keil** (Soz.): Es ist ganz offenkundig, daß die Rechte der Beratung Schwierigkeiten machen will. Die Mehrheitsparteien sind vom Gesetzentwurf vorher nicht unterrichtet gewesen, wohl aber hat die Rechte genauestes Durchkennen des Gesetzentwurfs über die Entschädigung der Offiziere gehabt und in ihrer Presse vorher veröffentlicht. (Hört! Hört! Deutsche Tageszeitung!) Die Rechte hat nie ein Wort des Bedenkens geäußert, als die Kriegskreditvorlagen, bei denen es sich nicht nur um Bewilligung von 10 bis 15 Milliarden Mark handelte, sondern auch um die Fragen Fortführung des Krieges oder Friedensschluß, ohne Erörterung erledigt wurden. (Lebhafte Zustimmung.)

Abg. **Geyer**-Leipzig (U. Soz.): Die Gesetzesvorlagen werden hier tatsächlich in einer beschleunigten Hast eingebracht, vermutlich damit sich die Fraktionen nicht völlig klar darüber werden können. Zu dieser Hast gesellt der Reichsfinanzminister auch noch den Druck der Drohung mit seiner Demission. Wir werden und finanziell Gebahren aufzeigen, wenn wir die Beratung dieses Gesetzes um 24 Stunden vertagen.

Abg. **Schultz**-Bromberg (D. Nat.): Es trifft nicht zu, daß und vorher Gesetzentwürfe bekanntgemacht worden sind. Ueber das Offizierentschädigungsgesetz wird die Presse von anderer Seite Informationen erhalten haben. Die früheren Kreditentwürfe und diese Vorlage kann man nicht vergleichen. Der Reichsfinanzminister hat selbst hervorgehoben, daß in seiner Vorrednung einmal Entscheidendes fehlt. Das müssen wir von Eintritt in die erste Lesung erfahren. Dadurch wird die Erledigung des Gesetzes vor der Sommerpause nicht in Frage gestellt, so daß der Reichsfinanzminister zu unser Bedauern nicht zu Ferien zu gehen brauchte.

Der Antrag der Deutschnationalen wird gegen die Stimmen der Rechten und der Unabhängigen abgelehnt.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzes über einen Anleihekredit für das Jahr 1919.

Reichsfinanzminister **Erzberger** erklärt unter Hinweis auf seine Ausführungen im Verlauf der Geschäftsordnungsaussprache, daß er nach Erledigung der ersten Lesung des Gesetzes und Verweisung an den Ausschuß, dort weitere Mitteilungen zur Begründung machen werde.

Abg. **Dr. Dernburg** (Dem.): Ich beantrage Verweisung der Vorlage an den Ausschuß.

Das Haus beschließt dementsprechend.

(Fortsetzung des Berichts folgt im Morgenblatt.)

Deutsche Nationalversammlung.

82. Sitzung vom Montag, 18. August 1919.

Am Regierungstische: Erzberger, Dr. David, Mueller, Noske, Dr. Bell.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 30 Minuten.

Als erster Punkt steht auf der Tagesordnung die erste und zweite Beratung des Entwurfes eines Gesetzes über einen Anleihekredit für das Jahr 1919.

Abg. **Dr. Hugenberg** (D. Nat.) (Zur Geschäftsordnung): Als wir der heutigen Tagesordnung am Sonnabend zugestimmt haben, mußten wir annehmen, daß sich bereits die Vorlage in unserer Hand befand. Der Irrtum ist entschuldbar, da es unmöglich ist, zu wissen, welche Gesetzesvorlagen dem Hause zugegangen sind. (Lebh. Widerspruch.) Wie wenig die Vorlagen dem Hause bekannt sind, ist aus einem Vorfall in der Sonnabendsitzung zu entnehmen. In einem Paragraphen des Grunderwerbsteuergesetzes war eine Zeile ausgefallen, wodurch der Paragraph völlig unsinnig geworden war. Trotzdem wäre der Paragraph in dieser unmöglichen Fassung angenommen worden, weil weder die Regierung noch der Präsident, noch irgend ein Mitglied des Hauses den Fehler bemerkt hätte, wenn nicht sozialdemokratische Mitglied der Opposition auf den Irrtum aufmerksam gemacht hätte. (Große Unruhe links.) Die Vorlage ist uns erst Sonntag morgen zugegangen, sie konnte also gemäß § 18, wonach eine Vorlage frühestens am dritten Tage nach ihrer Bekanntgabe auf die Tagesordnung gesetzt werden darf, heute nicht zur Beratung gestellt werden. In der letzten Zeit sind so manche Gesetze mit einer Oberflächlichkeit beraten worden, die eigentlich der Würde dieses Hauses nicht entspricht. Wenn die Mehrheit dieses Hauses mit ihrer Würde verwirklichen kann, dann sollte sie wenigstens beschlußfähig hier vertreten sein. Das in den letzten Tagen dauernd nicht der Fall gewesen. Dagegen haben mir bisher mit Nachsicht auf die Geschäftslage keinen Einspruch erhoben, sehen uns dafür aber in zunehmendem Maße Vorwürfen unserer Wählerschaft aus, daß wir nicht wenigstens für eine gründliche Erledigung der Gesetzentwürfe sorgen, wenn wir sie sachlich nicht beeinflussen können. Die Kritik der Bevölkerung gegen das hier behandelte Verfahren ist sehr scharf und pfeift bereits auf einen Ort, in dem wir uns befinden. Ferner spricht man von fabrikmäßiger Ware. Die täglich aufs neue vorgelegten Gesetzentwürfe haben eine weitgehende Verwirrung der Nationalversammlung herbeigeführt und veranlaßt, daß die Beschlußunfähigkeit chronisch geworden ist. Wir haben den Eindruck, daß durch die übertriebene Art der Vorlegung die Gründlichkeit der Behandlung leiser vermieden werden soll. Das können wir nicht mitmachen und beantragen Absetzung dieser Vorlage. (Lebh. Beifall rechts; große Unruhe links.)

Präsident **Fehrenbach**: Durch die Begründung des Antrages ist es dem Hause sicher schwer geworden, ihn anzunehmen. Ich bitte aber doch, dem Vorschlage stattzugeben.

Reichsfinanzminister Erzberger:

Wenn Sie dem Antrage stattgeben, machen Sie es dem Reichsfinanzministerium unmöglich, ordnungsmäßig Gelder auszugeben. Wir geraten dann vor den Staatskanzerott. (Große Bewegung, lebhafte Unruhe rechts.) Die Nationalversammlung möge jetzt wenigstens die erstee Lesung vornehmen und das Gesetz an den Ausschuß verweisen; dann bleibt für gründliche Beratung des Gesetzes genügend Zeit.

Abg. **Schultz**-Bromberg (D. Nat.) widerspricht dem Vorschlage des Reichsfinanzministers.

Präsident **Fehrenbach**: Zur Abkürzung der Aussprache möchte ich darauf hinweisen, daß mir die Antragsteller mitgeteilt haben, sie würden keine Schwierigkeiten machen, wenn ihnen Gelegenheit zur Vorberatung des Gesetzes gegeben werde. An dieser Verfahrung hat die Art der Begründung allerdings Zweifel erweckt. (Zustimmung links.)

Reichsfinanzminister **Erzberger** bringt noch einmal auf Erledigung der ersten Lesung.

Anträge und Anfragen in der deutschen Nationalversammlung.

Kleinwohnungen. Bereitstellung von Mitteln zur Abhärtung der Ueberteuerungskosten bei der Errichtung von Kleinwohnungen, besonders auf dem Gebiete der Heimstätten und den befestigten Gebieten als Ersatz für die durch Besatzungstruppen entzogenen Wohnungen. Interpellation der deutschen demokratischen Partei.

Goldzahlung der Einfuhrzölle. Maßnahmen gegen das Verbot der Einfuhrzölle in Gold, die Einfuhrzölle in Gold zu zahlen. Anfrage der deutschen demokratischen Partei.

Fall Manheim. Bestrafung der französischen Soldaten, die in der Nacht vom 9. zum 10. Juli in Berlin die Menge schimpften: „Wir sind Schweine!“ Vorsichtsmaßregeln, um eine Wiederholung derartiger Ausschreitungen in Zukunft zu verhindern. Anfrage der Deutschen Volkspartei.

Billiges Schuhwerk. Verwendung der im Besitz des Reichsbewertungsamtes befindlichen Häute und Lederwaren zur Herstellung von Schuhwerk für die minderbemittelte Bevölkerung. Anfrage der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei.

Verbilligung der Flugpostsendungen.

Wenn auch bei der Aufstrache im Berkehrsbeirat beim Postministerium von unserer Flugpost noch kein glänzendes Bild entworfen worden konnte, so sind doch die Aussicht als günstig zu bezeichnen und unsere Hoffnungen auf eine steigende Entwicklung dieses Verkehrsmittels berechtigt. Dies zeigt sich auch in der vorbereitenden Herabsetzung der Flugpostgebühren für Postsendungen. Die nachstehend veröffentlichten Flugpostsendungen können sowohl für die bereits bestehenden, wie für die später noch einzurichtenden Flugstrecken bei allen Reichspostanstalten angenommen werden. Die Gebühren hierfür betragen, wie nachmals mitgeteilt ist:

Für Postkarten = 30 ℳ außer der gewöhnlichen Gebühr.

2) Für Briefe bis 20 g = 10 ℳ, über 20 bis 50 g = 40 ℳ, über 50 bis 100 g = 60 ℳ, über 100 bis 250 g = 1,20 ℳ außer der gewöhnlichen Gebühr.

3) Für Pakete = 5 ℳ für jedes angefangene Kilogramm außer der Gebühr für ein dringendes Paket nach den gewöhnlichen Sätzen. Das Höchstgewicht beträgt 20 kg. Das größte zulässige Ausmaß nach jeder Richtung 60 cm. Es besteht Frankozwang.

4) Für Zeitungen: Die Flugbefördrung von Zeitungen kann der Verleger für die von ihm der Post übermessenen Zeitungen beantragen, und auch der Bezieher kann einen derartigen Antrag stellen. Außer dem gewöhnlichen Bezugspreis wird eine besondere Flugpostgebühr von 10 ℳ unter Zugrundelegung des Bezugspreis für das Vierteljahr und bei den Postanstalten im einzelnen erfragt werden kann.

5) Eilbestellung ist zulässig und wird auf Wunsch gegen besonderen Zuschlag ausgeführt.

Zunächst werden für die Freimachung der Flugsendungen die gewöhnlichen Briefmarken verwendet, später sollen besondere Freimarken für diesen Zweck eingeführt werden.

Die Postsendungen werden bereits unterwegs von mitfahrenden Postbeamten sortiert und unterlagen der Zollkontrolle. Das Höchstgewicht beträgt 20 kg. Das größte zulässige Ausmaß nach jeder Richtung 60 cm. Es besteht Frankozwang

Ein Reichsvölkerungsministerium.

Von einer angesehenen Handelsvertretung wird uns geschrieben:

Die Neuordnung der innerpolitischen Verhältnisse im Deutschen Reich und einzelnen Einzelstaaten bringt naturgemäss auch wesentliche Umgestaltungen in der Organisation der Zentralverwaltung mit sich und so sind bekanntlich verschiedentliche Pläne zur Schaffung neuer Ministerien, Teilung oder Zusammenlegung bisheriger ministerieller Abteilungen etc. teils bereits durchgeführt, teils noch in Erörterung.

Die jüngste Gründung ist die eines „Reichswanderungsamtes" gewesen, als angesichts der zweifellos grössten Massenauswanderung, mit welcher nach Friedensschluss in Deutschland leider zu rechnen ist, eine besondere Behörde notwendig erschien, um den Auswanderungsfragen gründliche und sachgemässe Auskunft über die Niederlassungsaussichten in den verschiedenen Gebieten des Auslandes zu beschaffen, die Auswanderung selbst nach den dafür geeigneten Gebieten zu lenken, dort besondere Einwanderungskommissariate einzurichten, mit den betreffenden Auslandsstaaten Vereinbarungen über die Fürsorgeangelegenheit für die dort sich ansiedelnden Deutschen zu treffen usw.

Als Nachfolger dazu ist in der „Berl. Börs. Ztg." von Professor Bergsträsser die Gründung eines „Reichsamtes für Auslandsdeutschtum" vorgeschlagen worden, dessen Aufgabe sein soll, dass das Deutschtum draussen sich seine deutsche Kultur voll erhalten und weiter entwickeln kann, also: Wahrung des bleibenden Zusammenhangs der Auslandsdeutschen mit ihrer Heimat, Fürsorge für deutsche Schulen, Kirchen, Bibliotheken, Wanderlehrer, Krankenhäuser usw. Verfasser schlägt vor, den durch den Lauf der Dinge erforderlich gewordenen Ablauf des „Reichskolonialamtes" mit seinen praktischen Erfahrungen und Materialien über das Auslandsdeutschtum in diesem Sinne zu verwerten.

Neben diesen Bestrebungen gehen andere Wünsche einher, welche die soziale und hygienische Pflege der eingeborenen Bevölkerung zum Gegenstand einer besonderen staatlichen Behörde gemacht sehen wollen. So wird lebhaft dafür gewirkt, das Reichsgesundheitsamt zu einem eigenen Ministerium mit einem medizinischen Fachmann an der Spitze auszubauen, um ihm auch die Möglichkeit der Exekutive zu geben und eine grössere Einheitlichkeit des Verhaltens der einschlägigen Landesmedizinalbehörden zu erzielen. Daneben ist in Preussen ein besonderes „Ministerium für Volkswohlfahrt" in Bildung.

Angesichts all dieser Neuorganisationen erhebt sich doch sehr ernstlich die Frage, ob es nicht weit wichtiger und notwendiger wäre, ein umfassendes „Reichsbevölkerungsministerium" zu schaffen und diesem die Fürsorge für alles anzuvertrauen, was im Gegensatz zu den Sachgütern den Status der deutschen Bevölkerung — in und ausserhalb des Reiches — angeht. Vor dem Kriege hat man ja dem Bevölkerungswesen verhältnismässig geringe Beachtung geschenkt. Das allgemeine Gefühl der Bevölkerung erschien damals als etwas Selbstverständliches und erst in den letzten Jahren vor Kriegsausbruch begann man, angesichts der sehr stark abnehmenden Geburtenziffer, der Bevölkerungspolitik etwas ernstere Beachtung zu schenken und wenigstens einen besonderen Reichstagsausschuss dafür einzusetzen. Nachdem jetzt der unselige Weltkrieg die europäische Bevölkerung um rund 20 Millionen reduziert und den verbleibenden Rest gesundheitlich teils durch Verwundungen, teils durch Unterernährung und sonstige indirekte Kriegsfolgen schwer in Mitleidenschaft gezogen hat, ist man sich wohl in allen Ländern dessen bewusst geworden, dass in letzter Linie die Bevölkerung das höchste Gut des Landes ist, weit wichtiger als die Bodenschätze, politischen Grenzen, Kapitalien und sonstigen nationalen Werte. Als eine natürliche Konsequenz dieser Erkenntnis erscheint es aber, dass man demgemäss dem Bevölkerungswesen auch ein eigenes Ministerium widmet, dem welchem nunmehr alle diejenigen Aufgaben zusammengefasst würden, welche den physischen Stand der Bevölkerung berühren (analog der Zusammenfassung aller Arbeiten für ihr geistiges Wohl in den Kultusministerien).

Zu seinen Aufgaben würde zunächst das oben erwähnte Gebiet der Auswanderung gehören; aber neben der Auswanderung aus und der Einwanderung (bzw. Rückwanderung) nach Deutschland darf aber auch das ausserordentlich wichtige Gebiet der Binnenwanderung nicht unbeachtet bleiben, das bisher von der Verwaltung so gut wie gar nicht und auch von der Wissenschaft nur sehr wenig berücksichtet worden ist, also die Abwanderung vom platten Lande in die Städte bzw. von der Kleinstadt in die Grossstadt (die freilich vielleicht bald in ihr Gegenteil umschlagen wird), sowie von dem einen Landesteil oder Bundesstaat in den anderen — kurz die ganze ständige Umschichtung in der Volksverteilung des Deutschen Reiches. Dabei sind nicht zuletzt auch die Verschiebung zwischen den verschiedenen deutschen Stämmen innerhalb Deutschlands, das Eindringen fremder Rassen, wie der Polen im Osten und in Westfalen usw., von grossem wissenschaftlichen Interesse und politischer Wichtigkeit. Schliesslich gehören hierher die aus dieser Binnenwanderung etwa folgenden wirtschaftlichen Konsequenzen: Wandlungen der Volksdichtigkeit, des Altersaufbaues usw. gewisser Gebiete, Wesensunterschiede der städtischen und ländlichen Bevölkerung u. dergl. m., sowie das bisher ebenfalls in der inneren Verwaltung noch höchst stiefmütterlich behandelte Problem des Stadtbaues mit all seinen zahlreichen sowohl wirtschaftlichen wie hygienischen und ästhetischen Einzelaufgaben.

Eine zweite Abteilung des Bevölkerungsministeriums würde dann das gesamte Reichsgesundheitswesen umfassen. Hierher gehört namentlich die Seuchen- und Schädlingsbekämpfung. Sodann ist, aber eine ganz planmässige und grosszügige „Wiederauffütterung" und überhaupt intensive gesundheitliche Förderung des deutschen Volkes eine Bisseerst dringende Aufgabe der nächsten Jahre, wenn nicht die Folgen dieses Krieges und der jetzigen Nachkriegszeit einen verhängnisvollen Einfluss auf die ganze Zukunft der deutschen Kultur ausüben soll. Als dritte Hauptaufgabe kann dann im Anschluss an die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten jenes ganze grosse Gebiet, welches mit dem Schlagwort „Sexualreform" gekennzeichnet wird: Die Erleichterung der Ehescheidung und Fortpflanzung, Entbindungsbeihilfen, Fürsorge für uneheliche Mütter und Kinder, Kleinkinderfürsorge überhaupt, die Fragen der Kinderrentenversicherung und Junggesellensteuer, der Beeinflussung des Familienlebens und der Volksvermehrung durch die Frauenarbeit, schliesslich auch das Bestattungswesen.

Man sieht, es sind eine beträchtliche Anzahl grosser und wichtiger Aufgaben, welche sich um den Zentralbegriff der Bevölkerungspflege kristallisieren, sodass deren Zusammenfassung in einem Ministerium wohl in jeder Hinsicht zu rechtfertigen wäre. Erwogen werden könnte gewiss noch, ob nicht vielleicht auch das ganze Gebiet der Bevölkerungsstatistik ebenfalls zweckmässigerweise vom Statistischen Reichsamt abgetrennt und diesem Reichsbevölkerungsministerium angegliedert würde, falls nicht betriebstechnische Gründe dringend dagegen sprechen.

Der Niedergang des oberschlesischen Zinkmarktes. Die oberschlesische Zinkindustrie geht unaufhaltsam zurück; ihre ungünstige Gesamtlage hat sich in letzter Zeit nur noch verschlimmert. Man kann die Verluste der Hütten innerhalb der letzten Monate noch nicht ziffernmässig abschätzen, doch handelt es sich offenbar um viele Millionen Mark. Dem Beispiel der Hohenlohewerke mit ihren Einschränkungen und Stillegungen von Betrieben werden in nächster Zeit noch andere Werke folgen. Ausser den Hütten werden jetzt auch Zinkbergwerke stillgelegt. Hier ist die Donnersmarcksche Verwaltung vorangegangen, indem sie das Bergwerk Neuhof ausser Betrieb setzte. Man hat also andauernd mit weiteren Rückgängen in der Produktion von oberschlesischem Zink zu rechnen. Diese Entwicklung ist um so unheilvoller, als dadurch Amerika, wo neue ungeheure Zinkerzlager aufgeschlossen worden sind, immer mehr das Übergewicht erhält. Es muss deshalb so weit kommen, dass Amerika Hüttenprodukte nach Deutschland ausführt, während vor dem Kriege das umgekehrte der Fall war. SWN.

Der Saatenstand Mitte August.

Die Preisberichtstelle des Deutschen Landwirtschaftsrates berichtet: Während der letzten vier Wochen herrschte in Deutschland sehr unbeständiges und für die Jahreszeit verhältnismäßig kühles Wetter. Häufige, aber sehr ungleich verteilte Niederschläge behinderten die Roggenernte, die Mitte August infolgedessen meist noch im Gange war. Erfreulicherweise haben die häufigen Niederschläge dem Roggen bisher noch nicht geschadet und nur vereinzelt wird berichtet, daß er in nicht genügend trockenem Zustande eingebracht worden sei. In der Beurteilung des Körnerertrages ist gegenüber dem Vormonat eine weitere Besserung zu verzeichnen. Die Zahl der Berichterstatter, die mit einem geringeren Ertrage als im Vorjahre rechnen, ist von 31 % um Mitte Juli auf 22 % zurückgegangen, während von 39 % der gleiche Ertrag wie im Vorjahre, von weiteren 39 % ein größerer Ertrag in Aussicht gestellt wird. Den übrigen Getreidearten ist die feuchte Witterung weiter zustatten gekommen. Beim Winterweizen erwarten 42 % der Berichterstatter ungefähr ein dem Vorjahre entsprechendes Ergebnis, 33 % einen höheren, 25 % einen niedrigeren Ertrag. Für Sommerweizen lautet die Voraussage von 42 % der Berichterstatter auf einen gleich großen, von 26 % auf einen größeren und von 32 % auf einen geringeren Ertrag als im Vorjahre. Die Haferernte wird von 31 % der Berichterstatter gleich der vorjährigen, von 37 % höher, von 32 % niedriger veranschlagt. Der Einfluß der Witterung auf die Entwicklung der Kartoffeln wird sehr verschieden beurteilt. Während aus den östlichen Gebieten gemeldet wird, daß die Kartoffeln bereits unter übermäßiger Nässe zu leiden begannen, liegen beispielsweise aus der Provinz Sachsen vielfach Klagen über nicht genügende Feuchtigkeit vor. Auf Grund des derzeitigen Standes rechnen 53 % der Berichterstatter auf den gleichen Ertrag wie im Vorjahre, 12 % auf mehr, 35 % auf weniger. Bei den Zucker- und Futterrüben wird fast allgemein über starke Verunkrautung geklagt, da es an den erforderlichen Arbeitskräften zum Behacken fehlt. Im übrigen wird der Stand von 40 % der Berichterstatter als „gut", von 27 % als „mittel" und von 33 % als „schlecht" bezeichnet. Die Futterpflanzen gaben meist gute Erträge, doch hat die Beschaffenheit durch die häufigen Niederschläge vielfach erheblich gelitten. Die Aussichten für den zweiten Schnitt werden als günstig bezeichnet, nur in einigen Gebieten, wo es an Niederschlägen fehlte, wie in der Provinz Sachsen, teilweise auch in Mecklenburg und in Süddeutschland, läßt der Nachwuchs zu wünschen übrig. Der Stand der Futterpflanzen wird von 51 % der Berichterstatter mit „gut", von 29 % mit „mittel" und von 20 % mit „schlecht" angegeben. Eine Beeinträchtigung der Erntearbeiten durch Streik ist bisher erfreulicherweise nicht zu verzeichnen, indes macht sich die gekürzte Arbeitszeit und die vielfach zu beobachtende Arbeitsunlust bei dem bestehenden Leutemangel unangenehm bemerkbar.

Deutsche Volkswirtschaft.

Wirtschaftlichkeit des Baubetriebes. Im Juli dieses Jahres ist in Berlin eine Forschungsgesellschaft für wirtschaftlichen Baubetrieb gegründet worden. In einem Erlass an die Bezirkswohnungskommissare bestimmt der Reichswohnungskommissar, dass die Gesellschaft mit Rücksicht auf die Bedeutung ihrer Arbeiten für die Neugestaltung des Bauwesens durch die beteiligten Behörden zu fördern und zu unterstützen ist. Eine der dringlichsten Aufgaben der Gesellschaft ist die Untersuchung des Taylorsystems auf seine Eignung für das Bauwesen. Der Sitz der Gesellschaft ist vorläufig Berlin-Charlottenburg, Kaiserdamm 11.

Ein allgemeiner landwirtschaftlicher Wirtschaftsverband mit Untervereinen in allen Landkreisen wurde in der Provinz Hannover gegründet. Der Verband soll der Förderung landwirtschaftlicher Interessen auf allen Gebieten dienen. Jeder Kreis hat jährlich 15 000 ℳ bis 20 000 ℳ für diese Zwecke aufzubringen. Man rechnet mit 30 000 Mitgliedern.

Günstiger Hopfenstand in Süddeutschland. Aus Mannheim wird uns berichtet: Die Aussicht auf das Ergebnis der diesjährigen Hopfenernte sieht man als recht günstig an. In der Pfalz, im badischen Unterland und in der Bodenseegegend stehen die Pflanzen bereits in voller Blüte. In der württembergischen Haupthopfengegend, im Rottenburger Bezirk, sind die Pflanzen noch etwas zurück, aber in guter Entwicklung, und im Tettnanger Bezirk glaubt man gegen den 20. d. M. mit der Auslese des Frühhopfens anfangen zu können. Aus den bayerischen Hopfenbezirken, der Hersbrucker, der Spalter Gegend und aus der Hallertau liegen Meldungen über den günstigen Stand der Hopfenanlagen vor, wenn man auch erst im September mit der Ernte anfangen dürfte. Von den Gebieten weiter östlich wird berichtet, dass bei gutem Pflanzenstand der Blütenansatz so reich ist, dass er geradezu in dieser Fülle als eine Seltenheit bezeichnet werden muss, auch ist der Anbau im Osten vielfach sehr forciert und oft mehr als verdoppelt worden. Was in letzter Zeit an Ware gehandelt wurde, erzielte: Pfälzer 1915er Hopfen 500 bis 555 ℳ, Markthopfen 480 bis 520 ℳ, Hallertauer 500 bis 540 ℳ, Siegelgut 485 bis 550 ℳ, Württemberger 485 bis 540 ℳ, 1917er 185 bis 260 ℳ, 1916er und 1915er Hallen- und Büchsenhopfen 125 bis 230 ℳ, je nach Beschaffenheit, noch Stücke Hopfen waren dann gehandelt; man nannte sie mit 80 bis 100 ℳ, zu welchem Preise sie angeboten blieben.

Treffbörse an der Leipziger Herbstmustermesse. Am Sonntag, den 31. August, dem Eröffnungstage der Leipziger Herbstmustermesse, und am Montag, den 1. September, findet für die Messeaussteller und Einkäufer in der Leipziger Handelsbörse wieder eine sogenannte Treffbörse statt. Der Wert dieser Einrichtung besteht darin, dass der Einkäufer über die Inhaber und Leiter der Unternehmungen seines Geschäftszweiges antrifft und Gelegenheit zu gemeinschaftlicher Aussprache hat, zu der während des eigentlichen Messverkehrs nicht immer Zeit bleibt. Für alle auf der Messe vertretenen Warengruppen werden besondere Treffstellen eingerichtet.

Ein Gesamtverband der Metall-Fertigindustrie. Der Reichsverband der Deutschen Metallindustrie in Berlin und der Verband Deutscher Fabrikanten von Eisen- und Metallwaren usw. in Remscheid haben eine gemeinschaftliche Versammlung einberufen, in der über den Zusammenschluss der beiden Verbände in einen Gesamtverband der Metall-Fertigindustrie Beschluss gefasst werden soll. Bisher das beiden Verbänden stehen insgesamt 1300 Firmen mit annähernd 250 000 Arbeitern. Der Sitz des neuen Verbandes ist Berlin.

Valuta und Baumwollversorgung. Die Bremer Firma Knoop & Fabarius schreibt in ihrem Wochenbericht vom 15. August: Immer wilder toben die Stürme auf den Terminmärkten in stetigem Auf und Ab, und es ist gar nicht abzusehen, wohin diese unruhigen Verhältnisse noch führen werden.

Man schloss:

	mitd. dig.	Okt.	Jan.	März
in Liverpool am 11. Aug. . .	18,88 d.	19,69	19,97	20,01
„ New York am 12. Aug. . .	31,85 c.	31,37	31,55	31,35
„ New Orleans am 12. Aug. .	31,37	31,58	31,48	31,48

per Saldo also nicht unerheblich niedriger als in der vergangenen Woche. — Während die weitere Entwertung unserer Mark die Gesamtlage für unser ganzes Land immer ernster und schwieriger gestaltet, ist für die Textilindustrie zur Stunde ein Lichtblick darin zu finden, dass in Hamburg ein grösserer Posten greifbarer Ware zur Verfügung steht, der ohne Verzug den Spinnereien zugeführt werden kann. Diese Versorgung muss umso willkommener sein, als es mit dem Abtransport der in Rotterdam lagernden Partien ausserordentlich hapert und nicht damit gerechnet werden kann, dass dieselben bald greifbar sein werden. Ausserdem kommen neuerdings sehr beunruhigende Nachrichten über die allgemeinen Verhältnisse in den amerikanischen Häfen, durch welche viele Dampfer an der Abfahrt verhindert werden. Was das für den Weltverkehr bedeutet, liegt auf der Hand.

Ausländische Volkswirtschaft.

Fusionsbestrebungen in der französischen Eisenindustrie. Die kürzlich von uns gemeldeten Ausdehnungsprojekte der Hüttenwerksgesellschaft Ougrée-Marihaye tauchen jetzt, wie uns geschrieben wird, in ähnlicher Weise auch in der französischen Eisenindustrie auf. Die grossen Hüttenwerke suchen durch die Zusammenfassung verschiedener Firmen die Möglichkeit in die Hand zu bekommen, sich in der Fabrikation zu spezialisieren und so billiger für den Export arbeiten zu können. Auf diesem Wege haben die Stahlwerke von Longwy, die jetzt ihren Betrieb teilweise wieder aufnehmen konnten, einen Erfolg zu verzeichnen. Sie haben die Kontrolle über die Gesellschaft L. Gauthier et Cie. in Valenciennes, die speziell Hufeisen herstellt, und über eine alte bedeutende Schraubenfabrik aus Valenciennes, die vor kurzem noch die „Maison des fers et métaux" Goudois et Cie aus Marseille erworben hat, erhalten. Die Ausdehnungsbestrebungen sollen sich nicht darauf beschränken. Jedenfalls machen die Stahlwerke von Longwy grosse Anstrengungen, eine führende Stellung in der lothringischen Eisenindustrie zu erobern.

Französische Gesellschaft zur Ausnutzung der Jura- und Alpen-Wasserkräfte. Laut „Frankfurter Zeitung" ist in Lyon mit 20 Millionen Frank eine Gesellschaft in Gründung begriffen, die die Ausnutzung der Wasserkräfte im Jura und in den Alpen zur Versorgung der Creuzot-Werke und des Industriebezirks im Saône- und Loiretal bezweckt. Als Baureif sind drei Jahre vorgesehen.

Finanzwesen.

Valutareform in Jugoslawien. Nach einem der Belgrader Nationalversammlung vorgelegten Entwurf soll die Serbische Nationalbank die Aufgabe einer Zentralnotenbank für Jugoslawien übernehmen. Sie soll nach dem „Poster Lloyd" zu diesem Zwecke ihr Kapital durch Ausgabe von 20 000 Aktien auf 50 Millionen Dinare in Gold erhöhen. Zu einer völligen Vereinheitlichung der Währung würde es nach dem Entwurfe nicht kommen, da zwei Arten von Banknoten vorgesehen sind, nämlich serbische Dinar und Serbische Dinar. Der serbische Dinar würde seine Deckung im Metallschatz und in bankmässigen Deckungsmitteln der Serbischen Nationalbank, der Staatsdinar im staatlichen Forstbesitz finden. Der letztere soll der Aufsuchung der Kronennoten dienen, der Einwechselungskurs soll im Verordnungswege durch die Regierung bestimmt werden. Es soll eine Relation von 1 Dinar = 5 Kr. zugrunde gelegt werden.

Die Kriegsausgaben Amerikas. Staatssekretär Carter Glass legte, laut „United States Bulletin", dem Kongress eine Übersicht über die Finanzen vom 6. April 1917 bis 30. Juni 1919 vor. Danach beliefen sich die Ausgaben für die ganze Kriegsperiode auf 32 427 000 000 Doll. Von dieser Summe werden 9 384 000 000 Doll. oder etwa 29 % aus Steuereinnahmen oder anderen Quellen (zum Unterschied von geliehenem Geld) gedeckt, obgleich etwa die Hälfte der Einkommen- und Kriegsgewinnsteuern für das Fiskaljahr 1919 noch aussteht. In der 30 Zigen Summe sind auch die den Alliierten gewährten Anleihen einbegriffen, die bis zum 30. Juni 1919 sich auf 9 102 000 000 $ beliefen.

Weltwirtschaft.

Deutschlands Ausfuhr darf im Interesse des Verbandes nicht behindert werden. „Manchester Guardian schreibt: Die finanziellen Bedingungen des Friedensvertrages sollen in allernächster Zeit in Wirksamkeit treten, und schon erkennen wir gewisse ihnen innewohnende Schwierigkeiten; denn Deutschland kann nur eine ungeheure Entschädigung zahlen, wenn es eine ungeheure Ausfuhr hat, d. h. wenn es ungeuere Mengen billiger Waren auf die auswärtigen Märkte wirft, was wir nicht verhindern können, ohne Deutschlands Zahlungsvermögen einzuschränken. Verweigern wir die Annahme billiger deutscher Waren, so werden sie schnell genug in den neutralen und besonders den russischen Märkten Aufnahme finden. Der Vorschlag des Kaiser „Temps", auf deutsche Waren einen Ausfuhrzoll für Rechnung der Verbandsmächte zu erheben, ist sehr schön ausgedacht, aber völlig bedeutungslos; da die Deutschen keine andere Einnahmquelle als die Erzeugnisse ihrer Industrie haben, könnten sie diesen Ausfuhrzoll an die Verbandsmächte auch nur in Waren zahlen, die wir unseresseits wieder aufnehmen müssten, falls sie nicht nach den neutralen Märkten wandern sollten. Wir wären dann wieder glücklich auf dem Punkte angelangt, auf dem wir vorher waren.

Aktiengesellschaften.

Die Falkensteiner Gardinenweberei und Bleicherei konnte in der zweiten Hälfte des Geschäftsjahres 1918/19 einen geringen Teil ihrer Webmaschinen wieder in Betrieb setzen, es muss ihr hierbei die weitere Verwertung noch vorhandener Bestände gelang. Auf Fabrikationskonto wurden 893 306 ℳ (i. V. 403 637 ℳ) vereinnahmt. Die Unkosten betrugen 311 328 ℳ (142 233 ℳ), die Abschreibungen 204 646 ℳ (198 516 ℳ). Aus 432 488 ℳ (198 568 ℳ) Ueberschuss werden 15 % (4 %) Dividende verteilt. Für die Wiederaufnahme des Gesamtbetriebes seien die Aussichten recht trübe.

Die Annaburger Steingutfabrik Akt.-Ges. führt in ihrem Jahresbericht für 1918/19 aus, daß die Produktion sowohl in Annaburg wie in Kolmar weiter zurückgegangen ist. Der Umsatz ist dagegen in Annaburg gestiegen, in Kolmar zurückgeblieben. Vereinnahmt wurden auf Warenkonto 2,4 Millionen Mark (i. V. 2,2 Millionen Mark). Nach Abzug aller Unkosten sowie nach Abschreibungen von 160 127 ℳ (193 207 ℳ) verbleibt ein Ueberschuss von 363 620 ℳ (426 474 ℳ), woraus wieder 15 % Dividende verteilt werden (115 894 ℳ) werden auf neue Rechnung vorgetragen. In das neue Geschäftsjahr tritt die Gesellschaft mit einem grossen Auftragsbestand ein.

Nach dem Geschäftsbericht der Hedwigshütte Anthracit-, Kohlen- und Koksewerke in Stettin waren bis zum Berichtsjahr 1918/19 abgeschlossen die drei Seedampfer in lohnender Fahrt, während sie nachher infolge der einsetzenden verschärften Blockade gezwungen waren, unfätig in den Häfen zu liegen. Die Brennstoffvorräte werden im Laufe des Jahres immer knapper, und die Zuteilungen seitens des Reichskommissars für die Kohlenverteilung mussten allmählich auf die allerwichtigsten Betriebe beschränkt werden. Der Hausbrand erhielt bei weitem nicht die Mengen, welche ihm vom Reichskommissar zugedacht waren, es konnten somit weder Industrie, Gewerbe, noch private Verbraucher befriedigt werden. Die Steinkohlenbrikettfabrik, deren Produktion bis Ende 1918 bei 1 Zx. in der Hauptsache mit gutem Nutzen ausgeführt werden konnten, mussten von da an stilliegen, weil die Zufuhren an Staubkohle gänzlich aufhörten; erst im neuen Geschäftsjahre kam sie wieder in Betrieb. Die Umstellung der Kraftzuführung von eigener Zentrale auf die Ueberlandzentrale Stettin wurde durchgeführt. Das Umschlaggeschäft für fremde Rechnung war bis zur Umwälzung im November noch recht befriedigend. Von da ab waren nur noch geringe Mengen nach Dänemark zugelassen, während die Ausfuhr nach Schweden und Norwegen ausfiel. Die Schleppdampfer, wie auch die sonstigen Binnenfahrzeuge waren lohnend beschäftigt. Die Stadtverkaufsabteilungen waren mit der Versorgung der privaten Verbraucher zwar stark beschäftigt, aber da für die einzelnen Verbraucher immer nur verhältnismässig kleine Mengen in Frage kamen, konnten die Fuhrparks nicht auf ihre Rechnung kommen. Die neue Betriebsstelle in Berlin-Zehlendorf habe sich günstig entwickelt. — Nach Abschreibungen von 349 110 ℳ (i. V. 381 314 ℳ) beträgt der Ueberschuss 680 557 ℳ (1 542 984 ℳ), aus dem, wie schon gemeldet, 8 % (16 %) Dividende verteilt werden sollen; 750 000 ℳ neue Aktien nehmen diesmal am Erträgnis voll (im Vorjahr für 4 Jahr) teil. In der Bilanz erhöhten sich Kreditoren von 9,19 auf 11,92 Millionen Mark, da infolge der Verschlechterung der Valuta die Forderungen der englischen Gläubiger zu dem entsprechend höheren Kurs bewertet werden mussten. Zum teilweisen Ausgleich hierfür dient die Kriegsreserve von 600 000 ℳ. Im neuen Geschäftsjahre sei ein Ueberblick unmöglich. Von den drei Dampfern verdiene der eine noch eine gute Zeitmiete.

Berliner Börse vom 18. August.

Die Börse eröffnete die neue Woche in wenig einheitlicher Haltung. Im Zusammenhang mit der zunehmenden Streikbewegung in Oberschlesien und im Hinblick auf das Gesetz gegen die Kapitalflucht überwog Abgabeneigung, doch hielt sich das Angebot in mäßigen Grenzen. Von Montanwerten verloren die Aktien der Gelsenkirchener Bergwerksgesellschaft 3 %, der Bismarckhütte 3 %, der Oberschlesischen Eisenindustrie A.-G. 1½ %, der Phoenix-Gesellschaft 1½ %, höher bewertet wurden dagegen die Aktien der Laurahütte. Von Schiffahrtsaktien standen Hamburger Paketfahrt im Angebot. Gute Meinung zeigte sich für Farbwerte unter Bevorzugung der Aktien der A.-G. für Anilinfabrikation. Von Elektropapieren wurden die Aktien der A. E. G. zu höheren Kursen dem Markte entnommen. Fest waren sodann Rüstungswerte unter Führung der Aktien der Orenstein & Koppel (+ 5 %). Für Petroleumwerte erhielt sich das Interesse. Am Anleihemarkt eröffneten Kriegsanleihen mit 79⅝ % und notierten schließlich 80⅛ %; von älteren heimischen Anleihen gewannen die 3½ % ½ %. Tägliches Geld etwa 4½ %, Privatdiskont 4⅝ % und darunter.

Am Einheitsmarkt waren höher:

Berl. Neuroder Kunstanst. 4, Zeitzer Masch. 8, Glanzer Zuckerr 4½, Humboldt Masch. 4, Lindenberg Stahl 4½, Linke Waggon 5, Vogtländ. Masch. 5, Adler & Oppenheimer 4, Aachener Spinnerei 14, Rosenthal Porz. 10, Brown Boveri & Co. 20, Schlesische Zink 2.

Niedriger: Simonius 3, Ver. Glanzstoff Fabr. 8, Leipziger Piano 4½, Deutsche Babcock 7, Auer 5, Kalker Masch. 4½, Dinnendahl 4, Kahla Porz. 5, Rhein. Möbelstoff 5.

*

Reichsbankdiskont 5%. Lombardzinsfuss 6%.

Liste
der mit variablen Kursen gehandelten Papiere.

	Schluss-kurse v. 16. 8.	Anfangs-kurse v. 18. 8.		Schluss-kurse v. 16. 8.	Anfangs-kurse v. 18. 8.
Anatolier . . .	—	—	Hannover. . . .	176	—
Franzosen . . .	129	—	Hyp.-Schwerin .	127	126
Lombarden . . .	19½	—	Kissen-Ind.	141½	140
Prinz Henry . .	805	—	Chemnitz . . .	178½	177½
Orientbahn . . .	281½	283½	Rhein. Stahl .	131½	132
Schantung . . .	130	129½	Rombacher . .	157½	157
Gr. Berliner . .	—	120½	Akt. f. Anilin .	223½	228½
Oestr. Kredit .	92½	—	Bad.	325	326
Türk. Tabak . .	319	—	Elbert. Färb. .	285½	288½
Dt. Austral. . .	152½	—	Höchster . . .	267	—
Rhg. Paket . .	109½	59	A. E.-G. . . .	157½	162
„ Südamer.	—	—	Bergmann . . .	180½	180½
Hansa	222	222½	Siem. u. Halske	150	—
Nordd. Lloyd .	101	100½	Schuckert . . .	119	—
Bismarckh. . .	206½	205½	Felt. Guill. . .	—	162½
Hohenlohe . .	178	170	Dehr. Röhler .	—	—
Dt. Luxemburg .	141	141	Dt. Waffen . .	200	—
Gelsenkirchen .	165½	165½	Hirsch Kupfer .	229	231½
Harpener . . .	156½	156½	V. Köln-Rottw.	166	—
Hohenlohe . . .	108½	108½	Orenstein . . .	165½	170½
Kattowitzer . .	128	128	Rhein Metall .	172	—
Laura	149½	—	Daimler . . .	194½	197½
Lothr. Hütte .	149½	149½	St. Kali . . .	174½	177

Devisenkurse.

Berlin.

Telegraphische Auszahlungen:	18 August Geld	18 August Brief	16. August Geld	16. August Brief
Holland	100 Gulden	757	771	722	724
Dänemark	100 Kronen	419	419½	419	419½
Schweden	100 Kronen	470	470½	470	470½
Norwegen	100 Kronen	440	445	44½	44½
Finnische Mark	100 Finnische Mark	118½	118½	118½	118½
Schweiz	100 Franken . . .	836	836½	834	834½
Wien	100 Kronen	42,45	42,55	42,45	42,55
Madrid u. Barcelona	100 Pesetas . . .	842	848	840	841

Dividendenvorschläge.

Gesellschaften	Vorschläge 1918	Gezahlte Dividende 1917	1916	1915	1914
R. W. Dinnendahl Maschinenfabrik A.-G. in Essen a. R.	10	10	15	15	15

Soeben wurde ausgegeben:
Ludendorff
Meine Kriegserinnerungen
33,— Mark Halbleinen
46,75 Mark Halbleder
inkl. Teuerungszuschlag
Kaufhaus des Westens G. m. b. H.
Berlin W 50, Tauentzienstrasse 21-24

Altertümer, Porzellansachen, Gläser, feine Bronzen, Möbel aus Privathand verkäufl. Auskunft erteilt Hans Grona, Berlin SW. 29. Willibald-Alexisstr. 33.

Billige Wohnungen erzielt mal durch Patent-Schlafmöbel, Vermöbelt. Schlafzimmer, Bettfedern, Tischdecken u. s. w. Besichtig. ohne Kaufzwang erbet. Nippe & Pasche, Patent-Schlafmöbelfabrik, Berlin, Dresdenstr. 112.

Verantwortlich für Redaktion: Fritz Wagner, Berlin-Lichterfelde; für den Anzeigenteil und „Der Markt der Arbeitslosen" verantwortlich: Herm. Sachse, Schöneberg. Druck: Tempelhofer, Berlin. Druck und Verlag der Reichsdruckerei- und Verlagsanstalt, Berlin SW. 48, Wilhelmstr. 32.